

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.  
Verleger: Kurt Wörstmann, Nr. 151 90-151 97.

Dienstag, den 5. März 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.  
Verleger: Kurt Wörstmann, Nr. 151 90-151 97.

**Bezugspreis:**  
Einzelheft 4.50 RM., monatlich 1.50 RM.,  
frei ins Haus, vorausschickend Einzelhefte  
Nummern 10 Bfg. Postbest.: Monats-  
lich 1.50 RM. Unter Kreuzband für  
Deutschland und Österreich-Ungarn  
2.— RM. für das übrige Ausland  
4.50 RM. monatlich. Versand ins Freie  
bei direkter Bestellung monatlich 1.50 RM.  
Postbestellungen nehmen an: Dänemark,  
Polen, Litauen, Bessarabien, Schweden  
und die Schweiz. Vorkosten in die  
Postbestellungs-Verhältnisse.  
Erscheint täglich.  
Telegraphen-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

**Anzeigenspreis:**  
Die beibehaltene Anzeigensliste ist  
60 Bfg. „Kleine Anzeigen“, das  
selbstgedruckte Wort 2 Bfg. (zählend  
2 selbstdruckte Worte), jedes weitere  
Wort 10 Bfg. Stellenanzeigen und  
Schlussanzeigen des ersten Monats  
10 Bfg., jedes weitere Wort 5 Bfg.  
Worte über 15 Buchstaben zählen mit  
zwei Worten. Anzeigenspreis 20%  
Familien-Anzeigen 50 Bfg.,  
politische u. gesellschaftliche Anzeigen  
30 Bfg. die Zeile. Anzeigen  
für die nächste Nummer müssen bis  
5 Uhr nachmitt. im Geschäftsamt  
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, ab-  
gegeben werden. Nachmitt. von 6 Uhr  
bis 7 Uhr abends.

# Rumänien nimmt die Waffenstillstandsbedingungen an.

## Einstellung der militärischen Bewegungen in Groß-Rußland — Einzelvorfälle im Westen.

Amlich. Großes Hauptquartier, 4. März 1918. (W. L. B.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht und Deutscher Kronprinz.

Eine eigene Sturmabteilung drang an der Pzer in die feindlichen Linien und nahm eine Anzahl Belgier gefangen. Starke Feuer folgten an mehreren Stellen der handreichen Front englische Vorkämpfer; sie wurden abgewiesen.

Im übrigen blieb die Geschützaktivität auf Artillerie und Minenwerferkämpfe in einzelnen Abschnitten beschränkt.

### Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Auf den östlichen Marschhöhen waren französische Artillerie und Minenwerfer zeitweilig lebhaft.

Bei kleineren Unternehmungen nördlich vom Rhein-Merz-Canal, westlich von Blumont und südlich von Mezerat wurden 27 Gefangene eingebracht.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Infolge Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Rußland wurden gestern die militärischen Bewegungen in Groß-Rußland eingestellt.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.  
Der Erste Generalquartiermeister,  
Ludendorff.

## Abendbericht.

Berlin, 4. März 1918, abends. Amlich.  
Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.  
Die Rumänen haben unsere Waffen-  
stillstandsbedingungen angenommen.

## Der österreichische Bericht.

Wien, 4. März 1918. Amlich wird verlautbart:  
An der italienischen Front keine besonderen Ereignisse.  
In Fodolien schreiteten die Operationen erfolgreich vorwärts. An Deute wurden bisher über 770 Gefühle, über 1100 Maschinengewehre und weitere große Mengen an Kriegsmaterial aller Art eingebracht.  
Der Chef des Generalstabes.

Berlin, 3. März. Amlich. Der unermüdlichen Tätigkeit unserer U-Boote fielen im Vermeißkanal und an der Ostküste Englands wiederum 22 000 Br.-Reg.-Tn. Handelschiffraum zum Opfer.  
Unter den versenkten Schiffen befanden sich der englische Dampfer Huntmore von rund 6000 Br.-Reg.-Tn. und ein belarischer englischer Dampfer von über 6000 Br.-Reg.-Tn. Zwei Tankdampfer von 6000 Br.-Reg.-Tn. und 3000 Br.-Reg.-Tn. und ein englischer bewaffneter Frachtdampfer wurden mit Ladung aus harter feindlicher Sicherung herausgeschossen.  
Der Chef des Admiralstabes der Marine.

## Die Verhandlungen in Bukarest.

Die Aussichten auf einen rumänischen Frieden haben sich wieder gebessert. Nach der Unterzeichnung des Friedens mit Rußland sind die Herren Rosenberg, Goerner und Hochhammer nach Bukarest abgereist. Man rechnet in eingeweihten Kreisen mit einem günstigen Verlaufe der weiteren Verhandlungen und führt als einen Beweis für diese Annahme die Tatsache an, daß die in der rumänischen Armee stehenden französischen Offiziere vor einigen Tagen den Abmarschbefehl erhalten haben und inzwischen bereits abgereist sind.  
Ob diese Wendung der Dinge darauf zurückzuführen ist, daß auch Bulgarien seine Ansprüche herabgesetzt hat, oder ob die Lage Rumaniens das bedingungslose Eingehen auf die Dobrußja-Forderungen erwarten läßt, darüber verlautet noch nichts.  
Die jetzige Verhandlungsbasis wurde gewonnen, weil Rumänien sich dem Verlangen der Mittelmächte fügte. General Averescu richtete, wie das „W.L.“ erzählt an Herrn Rühlmann und den Grafen Czernin eine dringliche

Anfrage, der die Antwort erteilt wurde, die Vorbedingung für weitere Verhandlungen sei die Unterzeichnung eines Waffenstillstandsvertrages, aus dem die Bereitwilligkeit Rumaniens zur Annahme der Friedensbedingungen sich ersehen lasse. Darauf ging die rumänische Regierung ein.

## Das Werk der deutschen Waffen in der Ukraine.

Der Ministerpräsident der ukrainischen Republik, Herr Holubowitsch, hat dem Reichskanzler telegraphisch die Einnahme von Kiow mitgeteilt und für die von deutscher Seite geleistete Hilfe im Namen des ukrainischen Volkes gedankt. Er sei „glücklich, daß nunmehr der Wunsch des freundschaftlichen Verkehrs nicht nur der Regierungen, sondern auch der Völker nichts mehr im Wege steht.“ Der Reichskanzler hat das Telegramm mit Glückwünschen erwidert. Er wisse sich eins mit dem deutschen Volke in der Genugtuung, daß deutsche Truppen an der Befreiung des ukrainischen Volkes mitwirken konnten. „Wehe ihm auf immer die Freiheit und die Macht beschieden sein, nach eigenem Recht und eigener Gesittung in Frieden zu leben. Noch stehen die deutschen Truppen in Ihrem Lande. Ich darf Ihnen Mitteilungen entgegennehmen, sobald Sie glauben, daß das Werk der deutschen Truppen vollendet ist und der Verkehr zu ihrer Zurückziehung unbedenklich gegeben werden kann.“  
Es wäre also falsch, mit der Einnahme von Kiow den Zweck der deutschen Truppen in der Ukraine schon als erreicht ansehen zu wollen.

## Amerika und die japanische Intervention.

Paris, 4. März. (Sabarmeldung.) Der „Temps“ veröffentlicht folgende Note:  
Informationen aus Washington besagen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten, ohne den Wunsch zu besitzen, selbst mit Japan über die Intervention zu unterhandeln, welche dies Land vielleicht in Sibirien durchzuführen beabsichtigt, wie die Alliierten in Europa Verständnis für den legitimen und bringenden Charakter dieser Maßnahmen besitzt. Es hat daher die Alliierten in Europa und insbesondere das Japan verbündete Großbritannien, denen es zukommt, der japanischen Regierung Genehmigung zu erteilen, welche mit Recht wünschen, daß die Art und die Folgen ihrer Intervention in einem gemeinsamen Abkommen festgelegt werden. Aber es versteht sich von selbst, daß die Alliierten in Europa beständig Sorge tragen werden, die enge Gemeinschaft der Gesichtspunkte zwischen sich und der Washingtoner Regierung aufrecht zu erhalten, welche unmittelbar davon interessiert ist, zu verhindern, daß der deutsche Einfluß sich bis an den Stillen Ozean ausbreite.  
Diese Note ist mit allen Reizen diplomatischer Verschleierungswortkunst ausgestattet. Sie sucht etwas zu verbergen, was der Entente irgendwie unangenehm ist. Die amerikanische Regierung will nicht selbst mit Japan unterhandeln, da erwidert es, sich selber für die sibirische Aktion groß ins Zeug zu legen, will aber ihren „Alliierten in Europa“, vor allem Großbritannien, nicht im Wege sein und legt mit Betonung Gewicht auf den Wunsch seiner Verbündeten, daß ein Abkommen über die Grenzen der japanischen Intervention in Sibirien festgestellt werde. Natürlich ist das der eigene Wunsch der amerikanischen Regierung, und sie hält es für angebracht, ihren Alliierten die Pflichten einzuschärfen, die sie Washington gegenüber zu erfüllen haben.  
Japans Vorgehen, dem England sich nicht entziehen kann, hat eine für die Allianz der Entente mit Amerika mindestens schwierige Situation geschaffen, die nach dieser „Temps“-Note nicht als ausgeglichen angesehen werden kann. Die Lösung wird der Vereinbarung eines Abkommens zugehoben, dessen eigentlicher Zweck schließlich darin besteht wird, Japans Ausdehnungsdrang auf dem festländischen Ozean zu hemmen.  
Die Hinderung der Ausbreitung des deutschen Einflusses bis an den Stillen Ozean, von der die Note spricht, ist natürlich für die Alliierten kriegerisch; man versteht, daß sie nicht geringes Interesse haben, den durch den West-Bitowolker Frieden immerhin ermöglichten wirtschaftlichen Durchbruch der europäischen Mittelmächte nach dem asiatischen Ozean mit allen Mitteln zu hemmen. Aber dieser Hinweis auf den deutschen Einfluß ist zugleich nur ein Mittel, um den sehr deutlichen Wink, den die Washingtoner Regierung ihren Verbündeten hinsichtlich der „engeren Gemeinschaft“ zu erteilen für nötig hält, für die Augen der übrigen Welt möglichst abzumildern und zu verdecken,

## Die Instruktion vom 31. Juli.

Während das besagte Berlin hoffnungsvoll den Anfang eines Endes feiert, setzt sich die „Nordd. Allg. Ztg.“ mit Herrn Stephen Pichon auseinander, der von einem Ende so gar nichts wissen will, sondern den militärischen Ereignissen im Westen eine diplomatische Offensive von beträchtlicher Wucht voranschickt. Wir haben schon zuvor in besonders befristeten Blättern von einer „Enthüllung“ des Herrn Pichon, einer Enthüllung in Gänze, lesen dürfen und finden jetzt auch das hauptoffizielle Blatt leicht spöttisch gestimmt. Herr Pichon, sagt die „Norddeutsche“, habe gemeint, mit der neu entdeckten Instruktion vom 31. Juli 1914 einen großen Trumpf auszuspielen. Der deutsche Leser atmet auf, also ist Herr Pichon offenbar hineingefallen, und die Instruktion vom 31. Juli ist nur das, was sie auf den ersten Blick zu sein scheint, eine phantastische Erfindung.  
Indes — die „Norddeutsche“ fährt erklärend fort:  
An jenem Tage hatte der deutsche Vorkämpfer die Aufgabe, Gewissheit über die Haltung Frankreichs herbeizuführen. Sein Auftrag war, die französische Regierung zu befragen, ob sie in einem russisch-deutschen Kriege neutral bleiben wolle. Seine Instruktion hatte folgenden Zusatz:  
„Wenn, wie nicht anzunehmen ist, die französische Regierung erklärt, neutral zu bleiben, wollen Sie Erziehung der französischen Regierung erklären, daß wir als Pfand für ihre Neutralität die Ueberlassung der Festungen Tsoul und Serdun fordern müssen, die wir besetzen und nach Beendigung des Krieges mit Rußland zurückgeben würden.“  
Trumpf oder nicht, — die Instruktion vom 31. Juli ist geschichtliche Tatsache. Der deutsche Vorkämpfer war für den Fall, daß Frankreich seine Neutralität erklären sollte, beauftragt, von Frankreich die Auslieferung zweier wichtiger Festungen zu verlangen. Das heißt, er war beauftragt, ein Verlangen zu stellen, daß Frankreich gar nicht annehmen konnte und auch gar nicht annehmen sollte, daß vielmehr nur zu dem Zweck gestellt war, eine katastrophale Ermüdung, die man für unvermeidlich hielt, zur Schnellreise zu bringen.  
Die „Nordd. Allg. Ztg.“ hat die harte Pflicht, die Instruktion vom 31. Juli dem deutschen Leser als einen höchster diplomatischer Weisheit näher zu bringen. Sie versucht, sie zu erfüllen, indem sie folgendes auseinandersetzt:  
Die Mohr-Jusage der Neutralität wäre für uns natürlich ohne jeden Wert gewesen. Frankreich hätte es ganz in der Hand gehabt, wie lange es in der Neutralität auf der Lauer liegen wollte. Es konnte in jedem ihm passenden Augenblick aus der Neutralität zur Feindseligkeit übergehen. Man braucht dabei nur an Italien und Rumänien zu denken.  
Denken wir also an Italien und Rumänien! Aber von denen hat man doch keine Erklärung über ihre Neutralität binnen 18 Stunden gefordert, mit ihnen hat man vielmehr sehr große Geduld gehabt, und man hat nicht daran gedacht, ihnen als Würdigung ihrer Neutralität italienische oder rumänische Festungen abzugeben. Man hat sie angreifen lassen, und man hat sich schwer geübt, ihnen in der Rolle des Angreifers gegenüberzutreten.  
Der Unterschied springt in die Augen. Bei Italien und Rumänien hat man nach dem Grundgesetz gehandelt: Zeit gewonnen, alles gewonnen, bei Frankreich aber nach dem Grundgesetz: Zeit verloren, alles verloren! Frankreich sollte sich nicht auf die Lauer legen dürfen, und damit ist zugestanden, daß es mit Frankreich gar nicht schnell genug gehen konnte.  
Ob dieser Politik militärische Erwägungen zugrunde lagen und inwieweit sich diese Erwägungen als zutreffend erweisen, wird später einmal zu erörtern sein, wenn die Geschichte dieses Krieges geschrieben werden wird. Heute haben wir nur mit der politischen Auswirkung der französischen Enthüllung zu tun, und da soll doch offen zugegeben werden, daß sie nicht günstig sein kann. Die Franzosen werden in ihr einen neuen Beweis dafür erblicken, daß im Jahre 1914 der Kriegswille auf Seiten Deutschlands gewesen ist.  
Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ führt dann weiter aus:  
Daß die deutsche Regierung bereit gewesen wäre, auch an der Wege zu prüfen als den in der nicht ausgeführten Instruktion an Herrn von Schoen bezeichneten, ergibt sich aus folgendem:  
Nach im letzten Augenblick, am 1. August, schien sich eine Möglichkeit in der von dem deutschen Vorkämpfer in London nach Berlin gemeldeten Verhandlung Sir Edward Grey zu bieten, ob für den Fall der französischen Neutralität das Unterbleiben eines deutschen Angriffes auf Frankreich zugesagt werden könne. Die deutsche Regierung erklärte sich sofort bereit, hierauf einzugehen, falls sich England mit seiner Sicherheit für die unbedingte Neutralität Frankreichs verbürgte. Die Forderung stellte sich jedoch noch am gleichen Tage als ein Mißverständnis heraus. Die französische Neu-

Neutralität lag nicht im Plane der Entente. Frankreich wollte die Neutralität nicht, und auch England rührte keinen Finger, um sie herbeizuführen. So ist der wahre Zusammenhang der Dinge. Herr Reichens verdrängter Hund ändert nichts daran.

Das ist das berühmte traurige „Missverständnis“ vom 1. August. Wie die deutsche Regierung diesem Missverständnis verfallen konnte, ist bisher allerdings räthselhaft geblieben, denn daß die Westmächte in einen deutsch-russischen Krieg neutral bleiben würden, konnte nur ein Kindergeräusch voraussetzen. Glaubte aber die deutsche Regierung an eine solche Möglichkeit, so ist die Instruktion vom 31. Juli doppelt unverständlich.

Wir sind damit an der Grenze angelangt, die nicht überschritten werden kann, wenn man nicht in eine allgemeine Verdrößerung der verwickelten Ursachen eintreten will, die zu dieser Weltkatastrophe geführt haben. Dies zu tun, ist nicht unsere Absicht. Es genügt zu sagen, daß große Massen des deutschen Volkes auf manche diplomatische Ereignisse vor dem 4. August 1914 mit einem dumpfen Mißbehagen zurückblicken und denen dieses Gefühl durch die Veröffentlichung der Instruktion vom 31. Juli nicht erleichtert worden ist.

Ueber die Frage der Kriegsschuld hat sich dieser Tage der Berliner Berichterstatter des „Neuen Wiener Journal“ mit Professor Hans Delbrück unterhalten. Der Gelehrte führte u. a. an:

„In der deutschen Presse gibt man sich ja allenthalben die größte Mühe, die Schuld bei England zu suchen. Nun ist es aber nicht schwer, nachzuweisen, daß das englische Volk den Krieg wirklich nicht gewollt und auch die englische Regierung sich, wenn auch nicht die ärgste, so doch ziemlich viel Mühe gegeben hat, den Krieg zu vermeiden. Daraus schließt man die Neutralen, wenn sie sich nicht überzeugen können, daß die Schuld bei England liege, daß sie bei Deutschland liegen müsse. Ich habe in Gesprächen mit Holländern immer bemerkt, daß man einen entschiedenen Erfolg hatte, wenn man darlegte, daß die Schuld weder bei England noch bei Deutschland, sondern im Panflawismus zu suchen sei. Nur wenn man sich in Deutschland dazu entschließt, die Schuldfrage wirklich ohne Vorurtheil zu behandeln und England nicht mehr aufzubringen, als es wirklich zu verantworten hat, nur dann kann man erwarten, daß auch in den neutralen Ländern ein gerechtes Urteil über Deutschland zum Durchbruch kommt. Wie die Alldeutschen ihr gut Teil dazu beigetragen haben, durch Erregung des Mißtrauens der ganzen Welt gegen die deutsche Gelüste den Krieg zu entfachen, so tragen sie auch die Schuld daran, daß es der Welt so schwer wird, anzuerkennen, daß die deutsche Regierung tatsächlich zum Krieg gezwungen worden ist und ihn überdies nicht gewollt hat. Von den vielen Sünden, die die Alldeutschen begangen haben, ist diese ganz gewiß nicht die kleinste.“

## Deutsche Truppen nach Finnland

### Die Alandsinseln als deutsche Etappe.

Stockholm, 3. März. (Nachricht des Svenska-Telegrammbureau.) Nahezu auf Befehl seiner Regierung hat der deutsche Gesandte in Stockholm dem Minister des Auswärtigen zur Kenntnis gebracht, daß Deutschland die Absicht habe, auf Verlangen der finnland-schwedischen Regierung Truppen nach Finnland zu entsenden, um die dort herrschende Revolte zu unterdrücken, und daß diese Truppen mit Zustimmung Finnlands im Verlauf ihrer Operationen auch der Alandsinseln bedienern würden. Um die Erfüllung der humanitären Aufgabe, die Schweden bezüglich der Alandsinseln übernommen habe, nicht in Betrachtung zu bringen, würde Deutschland sich indessen darauf beschränken, diese Inseln zu besetzen, um dort eine Etappe einzurichten, die für die militärische Expedition notwendig ist. Es wurde ferner berichtet, daß Deutschland keinerlei territoriales Interesse an den Inseln habe, und daß die Frage der Alandsinseln mit Rücksicht auf die Lebensinteressen Schwedens an diesen Inseln in engem Einvernehmen mit diesem Lande geregelt werden soll.

Zudem sie von diesen im Namen der deutschen Regierung abgegebenen Erklärungen Kenntnis nahm, hat die schwedische Regierung, die ihre ersten Einwände gegen eine etwaige Benutzung der Alandsinseln geltend machte, durch die die Inseln in den Bereich der kriegerischen Operationen gezogen oder die Erfüllung der humanitären Aufgabe Schwedens zum Schaden der Bevölkerung der Inseln verhindert werden könnte, es als ihre Pflicht betrachtet, hervorzuheben, daß nach ihrer Meinung selbst eine begrenzte Benutzung der Alandsinseln, die gemäß der gemachten Mitteilung stattfände, Schwierigkeiten mit sich bringen könnte für eine den beiderseitigen entscheidenden Verwirklichung der humanitären Ziele Schwedens auf den Alandsinseln. Der Kommandeur des schwedischen Ueberrückungskorps auf den Alandsinseln ist von der geplanten Ankunft der deutschen Expedition sowie von den mit Bezug hierauf gemachten deutschen Erklärungen benachrichtigt worden.

Ueber die Wirkung dieser Erklärung der schwedischen Regierung meldet Wolffs Bureau aus Stockholm, sie werde „im großen und ganzen sehr ruhig aufgenommen“. „Stockholms Dagblad“ will nicht recht glauben, daß die Errichtung einer deutschen Etappe auf Aland für die militärische Expedition notwendig sei; doch betont das Blatt, daß formelle Recht keine Deutschland natürlich nicht aberkannt werden, nachdem mitgeteilt worden sei, daß die Truppenlandung in Einverständnis mit Finnland geschehe, doch würde die Ausübung der humanitären Pflichten Schwedens auf Aland durch das Erscheinen eines neuen Faktors erschwert. Die politischen Folgen des Ereignisses müsse man kalt nehmen. Deutschland habe feierlich erklärt, es habe keine territorialen Interessen an der Insel, und Schwedens Programm werde natürlich dasselbe wie vorher, nämlich das in der Antwort des Königs an die Abordnung von Aland festgelegte, das eine Lösung der Frage in Uebereinstimmung mit den Wünschen der Aländer und mit Finnlands Regierung anstrebe.

„Dagens Nyheter“ bezeichnet die neue Komplikation auf Aland als sehr unangenehm. Im übrigen meint die Zeitung, man könne der Regierung Glück wünschen, daß sie sich nicht noch tiefer in das finnische Geschäft eingelassen habe. Die deutsche Botschaft hätte sich eingefunden, selbst wenn Schweden ein gewisses Abenteuer unternommen hätte, ja sogar dann noch später. Die finnischen und deutschen Interessen berührten sich auf jeden Fall sehr eng.

### Der verhandlungswillige Runciman.

Nach einer Meldung des „New York Herald“ aus London erklärte Runciman in einer Unterredung mit einem Vertreter des „Manchester Guardian“, er halte zwar vieles davon, was Balfour über Belgien sagte, für richtig, sei aber nicht der Ansicht, daß man diesen Gedankenaustausch zwischen den Kriegführenden

zurückweisen müsse, bis ein beträchtlicher Grad von Uebereinstimmung erreicht sei. Ein solcher Grad von Uebereinstimmung könne überhaupt nur durch Gedankenaustausch und nicht durch Reden und Antwortreden erzielt werden. Er sei nicht der Ansicht, daß es Schaden wäre, auf einer Konferenz in der einen oder anderen Weise zu beraten; selbst wenn eine derartige Konferenz zu keiner bestimmten Uebereinstimmung führen würde, würde dadurch die Lage nicht ungünstiger werden als jetzt. Kein vernünftiger Mensch bilde sich ein, daß England die Friedensbedingungen vorschreiben könne; darüber müsse früher oder später verhandelt werden. Es gäbe keine heftigere Aufgabe, als mit einer feindlichen Regierung zu unterhandeln. Dies müsse mit aller größtmöglichen Klugheit und Vorsicht geschehen. Ein ungeschickter Fehler würde den zukünftigen Frieden der Welt und das Glück zahlloser Millionen zerstören. Ueber die Weigerung zu unterhandeln, sei nicht weniger zu tabeln, als die Torheit, sich auf unvorsichtige Weise bloßzustellen.

### Schiffsbeute in Reval.

In Reval sind acht alte U-Boote, drei brauchbare Dampfer von 1200 bis 2000 Tonnen, zwei kleine Eisbrecher, mehrere leichte Fahrzeuge und Schlepper, drei Präzisions mit Kriegsschiffmunition und vielem Regnumaterial zur Sicherung gegen U-Boote in unsere Hände gefallen. Die russischen Schiffe, von denen sich drei bis vier kleinere Kreuzer und Torpedobootzerstörer sowie ein größerer Kreuzer im Hafen von Reval befanden hatten, waren bereits auf dem Wege nach Helsingfors und sind vermutlich inzwischen im Eis festgekommen.

### Kleine Kriegsnachrichten.

Italiens Finanzen. Rom, 4. März. (Agenzia Stefani.) Schatzminister Ritti erklärte im Senate, daß sich die allgemeinen Ausgaben Italiens vom 1. August 1914 bis 31. Dezember 1917 auf 44,478 Milliarden belaufen.

Die Flieger Garros und Marchal, die kürzlich aus Deutschland entkommen sind, sind, wie Havas meldet, in Paris eingetroffen.

### Eine konservative Wahlrechtsinfrage.

Die Konservativen sind in der Wahl ihrer politischen Mittel niemals mit einem Uebermaß von Strubeln behaftet gewesen. Im ihren politischen Willen durchzugehen, würden sie sich schrittweise auch mit dem Reichstag verbinden. Kamentlich ist ihnen seit jeder jedes Mittel recht gewesen, um die Wahlreform in Preußen zu hintertreiben. Es sei nur erinnert an ihr Verhalten im Jahre 1911. Damals hatte die Fortschrittliche Volkspartei einen Antrag auf Einführung des gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts eingebracht. Die Nationalliberalen wollten für das geheime und direkte, aber nicht für das gleiche Wahlrecht stimmen. Sie beantragten deshalb Streichung des Wortes „gleich“. Wäre diese Streichung zustande gekommen, so wäre der Restantrag von der Mehrheit angenommen worden. Das wollten die Konservativen verhindern. Deshalb stimmten sie geschlossen gegen die Streichung des Wortes „gleich“, sie traten also entgegen ihrer Ueberzeugung, zunächst für das gleiche Wahlrecht ein. Nachdem sie so den fortschrittlichen Antrag für die Nationalliberalen unannehmbar gemacht hatten, stimmten sie gemeinsam mit diesen den gesamten Antrag nieder.

Ein ganz gleiches Verfahren scheinen die Konservativen auch jetzt zu planen, um die Wahlrechtsvorlage zu Fall zu bringen. Sie wollen die Wahlvorsage zunächst dermaßen radikalisieren, daß sie für das Zentrum und die Nationalliberalen unannehmbar wird, um sie dann zusammen mit diesen beiden Parteien vollständig abzulehnen. Diesen Plan entwirft der Berliner Redakteur der „Kölnischen Volkszeitung“, Herr Dr. Eisele. Er schreibt:

Die neuen Wahlen würden den Konservativen unter der Wahlrechtsparole kaum einen Sieg bringen. Daran ist gar nicht zu denken, denn im Kampf aller bürgerlichen Parteien gegen die Konservativen würden die Konservativen Verluste erleiden müssen, zumal wenn der ganze amtliche Wahlapparat gegen die Konservativen arbeiten würde. Das scheint man in konservativen Kreisen in Rechnung zu stellen, drum möchten die Konservativen andere Parteien mit in den Sturm ziehen. Die Konservativen beabsichtigen darum, alle Verbesserungen der Wahlrechtsvorlage im Sinne der vom Zentrum verlangten Sicherungen und der von den Nationalliberalen gedachten Verbesserungen niederzustimmen, um so die Wahlrechtsvorlage dem Zentrum und den Nationalliberalen zu vereiteln. Dann, hoffen sie, würden die Nationalliberalen und das Zentrum gezwungen sein, die ihnen unannehmbar gemachte Vorlage abzulehnen. Diese Rechnung wird fast sicher sein. Die Dinge werden anders kommen. Wenn die Konservativen nicht mithelfen, Verbesserungen in der Wahlrechtsvorlage zu schaffen, die wir namentlich für kulturelle Fragen verlangen müssen, zu schaffen, dann werden diese Sicherungen fallen, aber das gleiche Wahlrecht wird dennoch kommen, und zwar in radikaler Form als jetzt.

Die Skrupellosigkeit der konservativen Methode, die zur Abstimmung gegen die Ueberzeugung führt, verdient niedriger gehängt zu werden. Aber gleichzeitig muß betont werden, daß sich jede Partei zur Mitschuldigen dieser gewissenlosen Politik macht, die sich durch sie in eine Ablehnung der Wahlrechtsvorlage hineintreiben läßt.

### Selbstbestimmungsrecht für Mecklenburg-Strelitz!

Die Art, wie der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin den Nachbarbundesstaat Mecklenburg-Strelitz kurzerhand annektiert hat, löst selbst den Widerspruch des dortigen lokal gesinnter Bürgerums aus. So veröffentlichten die nationalliberalen Wahlvereine für Mecklenburg-Strelitz in der Landeszeitung einen Aufruf, in dem es heißt, daß die Einverleibung in Mecklenburg-Schwerin eine schwere Schädigung für das Land, besonders die Haupt- und Residenzstadt Neustrelitz bedeuten würde. In einer Zeit, da das Selbstbestimmungsrecht der Völker als Rechtsgrund für politische Abmachungen allseitig anerkannt und befolgt wird, könne man es dem Strelitzer Volk nicht zumuten, sich durch einen Vertrag, den seine Fürsten vor mehr als 200 Jahren geschlossen, gebunden zu fühlen. Die Strelitzer müßten unter allen Umständen darauf bestehen, daß ihr Land als deutscher Bundesstaat seine politische Selbständigkeit behalte. Es sollen umgehend im ganzen Lande für eine Petition an den Großherzog Franz Ulrichschrifen gesammelt werden.

Das Volk von Mecklenburg muß sich leider noch an ganz andere Dinge gebunden fühlen, als an 200 Jahre alte Verträge zwi-

sehen Fürstenhäusern. Es muß sich gebunden fühlen an eine „Verfassung“, die ungefähr auf dem europäischen Entwicklungsstand von 1800 n. Chr. steht. Das Volk von Mecklenburg ist jetzt das einzige in ganz Europa, das keine Verfassung im modernen staatsrechtlichen Sinne hat. Wäre es nicht endlich Zeit, diesen Rest Mittelalters zu vertilgen?!

Ueber die Gründe, die den Großherzog Adolf Friedrich in den Tod getrieben haben, veröffentlicht jetzt die „Landeszeitung für beide Mecklenburg“ an der Spitze ihres Blattes folgende amtliche Erklärung:

Um den Zusammenhang mit dem Ableben Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs Adolf Friedrich umlaufenden falschen Gerüchten entgegenzutreten, sieht sich das unterzeichnete Ministerium des Großherzoglichen Hauses zu folgender Feststellung veranlaßt:

Seine Königliche Hoheit der Großherzog beabsichtigte, sich in alternativer Zeit mit einer Prinzessin eines deutschen Fürstenhauses zu verloben, deren Annuit und Liebreiz tiefen Eindruck auf ihn gemacht hatte.

Ehe der Großherzog diesen Neigung und seinen Herrscherpflichten entsprechenden Schritt unternehmen konnte, mußten zunächst Hindernisse beseitigt werden, die in einer früher beabsichtigten Verbindung, deren Verwirklichung aber wegen der Ebenbürtigkeitsfrage nicht möglich war, ihren Ursprung hatten. Die zur Lösung jener Verbindlichkeiten gepflogenen Verhandlungen, die längere Zeit in Anspruch nahmen und weitaus schwieriger waren, als erwartet werden konnte, drückten stark auf das Gemüt des überaus gewissenhaften und feinfühlernden hohen Herrn. Und als schließlich in jenen Verhandlungen eine Wendung eintrat, die den Großherzog die erhoffte günstige Lösung für fast gefährdet ansehen ließ, bemächtigte sich seiner eine derartige Verzweiflung über die Bestätigung seiner Zukunft, daß seine Kräfte erschöpft und sein Gemüt verwirrt wurde.

Aus diesem Zustand geistiger Verwirrung ist allein der unglückliche Schritt zu erklären.

Alle anderen umlaufenden Gerüchte sind gänzlich unbegründet.

Neustrelitz, den 4. März 1918.  
Ministerium des Großherzoglichen Hauses.  
Vofact.

### Die Kohlenversorgung der Konsumbäckerei.

Auf eine Anfrage des Abg. Schulz (Soz.) hat der Reichskanzler folgende Antwort erteilt.

Die Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend zu Berlin-Dahlemburg hatte zum Betrieb ihrer Bäckerei sowie ihrer Kraftzentrale mit der Union-Handelsgesellschaft einen Abnahmevertrag über monatlich 388 Tonnen Braunkohlenbriketts eingeleitet. Die nach dem Abschluß monatlich zu liefernden Mengen hat die Genossenschaft vom April 1917 bis Mitte Februar 1918 erhalten. Es wurde danach angenommen werden, daß die Konsum-Genossenschaft ihren Bäckereibetrieb regelmäßig würde betreiben können.

Trotzdem hat die Konsum-Genossenschaft in den letzten Tagen des Februar den Bäckereibetrieb wegen Kohlenmangels tatsächlich nicht voll aufrecht erhalten können. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die Konsum-Genossenschaft einen Teil derjenigen Kohlenmenge, die für den Betrieb bestimmt war, in irrthümlicher Auffassung entgegen den Bestimmungen dem Verkauf an ihre Mitglieder zugeführt hat. Die Lage ist aber auch durch das Ausbleiben von Sendungen infolge Wagenmangel, Schneeverwehungen, Streckensperre usw. verschärft worden.

Infolge des eingetretenen Kohlenmangels stellte die Konsumgenossenschaft den Antrag, das Abnahmevertragsquantum um den Mehrbedarf von 200 Tonnen Braunkohlenbriketts für die Abnahmefähigkeit bis Ende März 1918 zu erhöhen. Diesen Antrag ist von der Kohlenstelle Groß-Berlin mit Rücksicht auf die Bedeutung des Bäckereibetriebs für die Volksernährung alsbald entsprochen worden. Weiter sind der Konsumgenossenschaft von der Kohlenstelle Groß-Berlin aus den in Berlin verfügbaren Beständen, trotz der herrschenden Knappheit, größere Mengen zugewiesen. Auch für die künftige ausreichende Kohlenzufuhr für den Betrieb der Genossenschaft sind alle irgendmöglichen Vorkehrungen getroffen.

### Busenfreunde.

Zu unserer gestrigen Bemerkung, daß die Sozialdemokratische Partei mit dem Resultat der Berliner Stadtverordnetenwahlen wohl zufrieden sein könne, schreibt ein Blatt: „Vereidenschaft ist eine Bier“. Dieses Blatt, das so wieder den Unabhängigen in ihrer peinlichen Lage beifügt, sind — die extrem alldeutschen „Berliner Neuesten Nachrichten“. Diese Busenfreundschaft übertrifft uns nicht. Die Sympathie eines extrem alldeutschen Blattes für die Unabhängigen sollte der Arbeiterschaft aber zu denken geben.

Kleine Anfragen. In einer Anfrage an den Reichskanzler macht der Reichstagsabgeordnete Ullig (Soz.) den Wunsch, daß die Reichsbeschleunigungsstelle dem Reichsverband für Herren- und Anabenbeseidung die Verpflichtung zur Lieferung von 25000 Anagen für die minderbemittelte Bevölkerung auferlegt und dabei den Ablieferern gestattet habe, auf den faktischen „Ueber Einstandspreis dieser Kostlandsleidung“ Aufschlag bis zu 50 Proz. zu machen. Er fragt an, was der Reichskanzler gegen die ungeheuerliche Verteuerung der Kostlandsleidung für die minderbemittelte Bevölkerung zu tun gedenke. — In einer Anfrage führt der Abg. Laubadel (Soz.) darüber Beschwerde, daß im Bereich des jellbergt. Generalkommandos für das 6. Armee-Korps die Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes auch für jugendliche Personen im Alter von 14 bis 17 Jahren auf Grund des Belagerungszustandes in Anwendung gebracht werden.

### Letzte Nachrichten.

Der Plan der japanischen Expedition.  
Amsterdam, 4. März. Aus Tokio wird gemeldet: Aus sicherer Quelle verlautet, daß Blagowastschast, Irkutsk, Khabarovsk und Omsk nun vollkommen in den Händen der Maximalkisten seien.

Schweres Explosionsunglück in der Koffizrahe.

Eine folgenschwere Explosion, bei der drei junge Menschenleben mit einem Schlag vernichtet wurden, ereignete sich Montagabend im Hause Koffizrahe. Dort befindet sich im Dachgeschloß das Feuerwerks- und Spielwarengeschäft von Joh. Friedrich Müller. Aus noch nicht aufgeklärter Ursache gelangten dort gegen 8 Uhr Feuerwerkskörper zur Explosion. Der Brand nahm sofort größere Dimensionen an; als die Feuerwehre ankam, stand der gesamte Dachstuhl bereits in hellen Flammen. Erst nach zwoifstündiger anstrengender Arbeit konnte die Wehr des Feuers Herr werden. Leider sind drei in dem Geschäft tätige junge Mädchen in den Flammen umgekommen: die achtzehnjährige Kantoristin A. Schönherz und die beiden sechzehnjährigen Lageristinnen Charlotte Dietrich und Frieda Voigtländer. Die verbrannten Leichen wurden bei den Abräumungsarbeiten gefunden und nach dem Schauhause gebracht. Ueber die Ursache des Unglücks ist eine Untersuchung eingeleitet.

Die auswärtige Politik vor dem Hauptauschuß.

Die Beratungen des Hauptauschusses begannen am Montag mit dem Etat des Auswärtigen Amtes.

Unterstaatssekretär v. d. Busche macht Mitteilungen über den Friedensvertrag mit Rußland.

Der direkte Verkehr mit Berlin ist nunmehr gesichert. Der bisherige Postverkehr mit Rußland bleibt auf Jahre hinaus bestehen.

Abg. Ledebour: Skandinavische Blätter bringen eine Meldung aus Stockholm, wonach Deutschland die Absicht habe, die Handelsinseln zu besetzen.

die Depesche Bethmann Hollwegs an den Vizekonsul in Stockholm.

Unterstaatssekretär v. d. Busche: Wir verhandeln mit der finnischen Regierung über den Abbruch eines Friedensvertrages.

Abg. Prinz Saldnaich-Carolath begrüßt den Friedensschluß mit Rußland und wünscht zu wissen, was der Friedensvertrag bezüglich der Ostprovinzen festgelegt habe.

Unterstaatssekretär v. d. Busche: Ich gebe keine Antwort auf diese Frage, denn in Rumänien sei momentan noch alles im Fluss.

Abg. Haase: Wir müssen die Bedingungen kennen, die Rumänien gestellt worden sind, sonst besteht die Gefahr, daß man den Reichstag wieder vor vollendete Tatsachen stelle.

Abg. Dr. David: Es gibt momentan keine finnische Regierung, sondern nur zwei Parteien, die miteinander im schärfsten Kampfe um die Macht stehen.

Deutschland aber unterstützt dort momentan eine Parteiregierung. Die in der Ukraine bestehende sozialdemokratische Regierung wurde von Deutschland anerkannt.

Abg. Ledebour: Das Telegramm an Schoen war nur eine interne Instruktion, die niemals Gegenstand von Verhandlungen war.

Abg. Göttsche erklärt, daß er und seine Freunde auf dem Standpunkt der finnischen Weissen Garde stehen.

Abg. Haase: Die russische Regierung hat sich bisher in der inhumansten Weise ihren Verpflichtungen entzogen.

Abg. Ledebour: Die Judenfrage in Rumänien muß gelöst werden, aber man soll in allen Staaten dafür sorgen, daß religiöse und politische Unterdrückungen beseitigt werden.

Abg. Göttsche: Die Judenfrage im Sinne der Beschlüsse der Berliner Konferenz gelöst werden.

Abg. Haase: Die Judenfrage im Sinne der Beschlüsse der Berliner Konferenz gelöst werden.

Abg. Ledebour: Die Judenfrage im Sinne der Beschlüsse der Berliner Konferenz gelöst werden.

Abg. Haase: Die Judenfrage im Sinne der Beschlüsse der Berliner Konferenz gelöst werden.

Abg. Ledebour: Die Judenfrage im Sinne der Beschlüsse der Berliner Konferenz gelöst werden.

Abg. Haase: Die Judenfrage im Sinne der Beschlüsse der Berliner Konferenz gelöst werden.

Abg. Ledebour: Die Judenfrage im Sinne der Beschlüsse der Berliner Konferenz gelöst werden.

Abg. Haase: Die Judenfrage im Sinne der Beschlüsse der Berliner Konferenz gelöst werden.

Abg. Ledebour: Die Judenfrage im Sinne der Beschlüsse der Berliner Konferenz gelöst werden.

Abg. Haase: Die Judenfrage im Sinne der Beschlüsse der Berliner Konferenz gelöst werden.

Abg. Ledebour: Die Judenfrage im Sinne der Beschlüsse der Berliner Konferenz gelöst werden.

Abg. Haase: Die Judenfrage im Sinne der Beschlüsse der Berliner Konferenz gelöst werden.

Abg. Ledebour: Die Judenfrage im Sinne der Beschlüsse der Berliner Konferenz gelöst werden.

Abg. Haase: Die Judenfrage im Sinne der Beschlüsse der Berliner Konferenz gelöst werden.

auf welche Seite man sich stelle, sondern nur darum, daß wir kein Recht haben, dort zu intervenieren.

Abg. Graf Westarp: Wir stehen mit einer finnischen Regierung in Friedensverhandlungen und müssen daher diese Regierung stützen.

Abg. Prinz Saldnaich-Carolath warnt eindringlich davor, sich etwa für die Interessen des Königs von Rumänien zu erwärmen.

Abg. Ebert: Mit Finnland haben wir keinen Frieden geschlossen, also auch keinen zu verteidigen.

Abg. Göttsche polemisiert gegen den Abg. Braun.

Abg. Haase (II. Satz): Wie könne man mit Finnland einen Frieden schließen wollen, nachdem man mit diesem Lande gar nicht im Krieg gestanden habe.

Unterstaatssekretär v. d. Busche: Die schwedische Regierung hat sich der Besetzung der Handelsinseln, als Gattung, nicht mehr widersetzt.

Abg. Haase: Die schwedische Regierung hat sich der Besetzung der Handelsinseln, als Gattung, nicht mehr widersetzt.

Abg. Haase: Die schwedische Regierung hat sich der Besetzung der Handelsinseln, als Gattung, nicht mehr widersetzt.

Abg. Haase: Die schwedische Regierung hat sich der Besetzung der Handelsinseln, als Gattung, nicht mehr widersetzt.

Abg. Haase: Die schwedische Regierung hat sich der Besetzung der Handelsinseln, als Gattung, nicht mehr widersetzt.

Abg. Haase: Die schwedische Regierung hat sich der Besetzung der Handelsinseln, als Gattung, nicht mehr widersetzt.

Abg. Haase: Die schwedische Regierung hat sich der Besetzung der Handelsinseln, als Gattung, nicht mehr widersetzt.

Abg. Haase: Die schwedische Regierung hat sich der Besetzung der Handelsinseln, als Gattung, nicht mehr widersetzt.

Abg. Haase: Die schwedische Regierung hat sich der Besetzung der Handelsinseln, als Gattung, nicht mehr widersetzt.

Abg. Haase: Die schwedische Regierung hat sich der Besetzung der Handelsinseln, als Gattung, nicht mehr widersetzt.

Abg. Haase: Die schwedische Regierung hat sich der Besetzung der Handelsinseln, als Gattung, nicht mehr widersetzt.

Abg. Haase: Die schwedische Regierung hat sich der Besetzung der Handelsinseln, als Gattung, nicht mehr widersetzt.

Abg. Haase: Die schwedische Regierung hat sich der Besetzung der Handelsinseln, als Gattung, nicht mehr widersetzt.

Abg. Haase: Die schwedische Regierung hat sich der Besetzung der Handelsinseln, als Gattung, nicht mehr widersetzt.

Abg. Haase: Die schwedische Regierung hat sich der Besetzung der Handelsinseln, als Gattung, nicht mehr widersetzt.

Abg. Haase: Die schwedische Regierung hat sich der Besetzung der Handelsinseln, als Gattung, nicht mehr widersetzt.

Abg. Haase: Die schwedische Regierung hat sich der Besetzung der Handelsinseln, als Gattung, nicht mehr widersetzt.

Abg. Haase: Die schwedische Regierung hat sich der Besetzung der Handelsinseln, als Gattung, nicht mehr widersetzt.

Abg. Haase: Die schwedische Regierung hat sich der Besetzung der Handelsinseln, als Gattung, nicht mehr widersetzt.

Abg. Haase: Die schwedische Regierung hat sich der Besetzung der Handelsinseln, als Gattung, nicht mehr widersetzt.

raffen wird manchen Besucher namentlich die vielfältige Verwendungsmöglichkeit der aus Holz gewonnenen Papierfaser, die sich z. B. ebenso zu beiden Seiten, starken Treibriemen und massigen Fördergurten eignet, wie zu Kleidung und Wäsche, zu zierlichen Tischdecken und feinen Spitzenstrümpfen.

Die Ausstellung ist heute von 2 Uhr ab für den Besuch geöffnet. Sie ist eine Wanderausstellung, bleibt 5-6 Wochen in Berlin und siedelt dann nach anderen Großstädten über.

Schutz der Friedhöfe gegen Bebauung.

Durch einen wichtigen Nachtrag zur Baupolizeiordnung hat der Berliner Polizeipräsident nach Anhörung des Verbandsauschusses Groß-Berlin und unter Zustimmung des Oberpräsidenten für eine Reihe von Stadtteilen Groß-Berlins die offene Bauweise vorgeschrieben und die Friedhöfe, ebenso wie dies bereits für Berlin selbst geschehen ist, vor der Gefahr einer späteren Bebauung geschützt.

Verkürzung des Brotanteils der Selbstverfolger.

Auf Anordnung des Oberpräsidenten ist für den Bereich der Provinz Brandenburg mit Wirkung vom 1. März d. J. ab die den Selbstverfolgern zustehende Ration an Brotgetreide um 2 Kilogramm je Monat herabgesetzt worden.

Lebensmittel für Groß-Berlin.

Im Lebensmittelverband Groß-Berlin werden auf die gemeinschaftliche Lebensmittelkarte außer der für täglich bekannt gegebenen Verteilung von 100 Gramm Nahrungsmitteln weitere 700 Gramm Nahrungsmittel und 1000 Gramm Nahrungsmittel (entweder Marmelade oder Marmelade) und auf die Karte für Jugendliche 200 Gramm Nahrungsmittel sowie Dauermilch und Puddingpulver auszugeben.

Schulstoffverteilung.

Der Magistrat Berlin, Zuteilungsverwaltungsstelle, macht bekannt, daß auf Abschnitt 30 der Schulstoffkarte II im März ein Fünftel Schulstoff II-Verdang zu 25 Pf. entnommen werden darf.

Schule für Kopfschußverletzte.

Die durch Kopfschuß Verletzten und aus dem Heeresverband entlassenen Krieger werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Kriegsbeschädigtenfürsorge für sie in erheblicher Zahl eine besondere Schule eingerichtet hat, wo sie durch besonders geeignete Lehrer einen ihren Leiden angepassten Unterricht erhalten können.

Ein Kind von einem Soldaten erschossen!

Sonntag abends 1/9 Uhr wollte ein Gefreiter mit einem Landsturmmann einen Deserteur ins Polizeipräsidium bringen.

Die deutsche Kaiserhoff-Ausstellung

wird in Berlin heute eröffnet. Sie kann — wie schon manche andere Ausstellung, die in der Kriegszeit veranstaltet wurde — zeigen, daß Not erfinderisch macht.

Groß-Berlin

Nur 9 Tage können und noch vom 14. März, dem Wahltag von Niederbarnim.

Die deutsche Kaiserhoff-Ausstellung

wird in Berlin heute eröffnet. Sie kann — wie schon manche andere Ausstellung, die in der Kriegszeit veranstaltet wurde — zeigen, daß Not erfinderisch macht.

Bereit im Gurt und außerdem einen Revolver mit neuen Patronen geladen bei sich.

Der Schaden der Konsumgeschäfte, der Kolonialwarenhandlungen und der Brotkommissionen war eine fassungsreiche Eindrucksache, die erst nach der Reimnalspostzeit ins Licht trat. In ihrer Spitze stand ein schon wiederholt bestraffter Erich Lautsch, der zum Seeresdienst einberufen, aber wieder entlassen war. Er hatte 4 Mann im Alter von 17-21 Jahren unter sich, für fortgeschrittene namens Karl Meier und Franz Schmal, die aus der Anstalt zu Tempelhof entlassen waren, einen gewissen Erich Petzsch und einen ebenfalls fahnenflüchtigen Soldaten Anton Zeudner. Die Bande durchdrang jeden Eindrucks vorher auf das sorgfältigste aus und brachte die Beute stets sofort zu einem Hecker Völske, der ihnen für Kolonialwaren und dergleichen die höchsten Preise zahlte. Jeder Eindrucks brachte 1500 M. und mehr. Die Verbrecher waren, wie das jetzt ablich ist, alle mit Schusswaffen versehen. Die ganze Gesellschaft wurde verhaftet und dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

**Neuauflage. Der neue Haushaltsplan** ist jetzt den Stadtverordneten zur Beratung im Rechnungsausschuß überwiesen worden. Derselbe schlägt in Einnahme und Ausgabe mit 51 839 751 M., das ist ein Mehr gegen das Vorjahr um 8,6 Millionen Mark. Dieses ist in erster Linie auf die gesteigerten Preise aller Bedarfsartikel zurückzuführen, die von der Stadt erhöhte Mittel zur Aufbringung verlangen. So soll auch wie in Groß-Berlin eine Erhöhung der Einkommensteuer von 100 auf 190 Proz. stattfinden, ferner eine Erhöhung des Gaspreises von 20 auf 22 Proz., eine Erhöhung der Krankheitspflege und weiter eine Erhöhung der Väterpreise. Die Erhöhung der Provinzialsteuern von 14 auf 18 Proz. erfordert 180 000 M. Einwendungen für die Pröbings, die aber dann wieder an die Stadt infolge des beschlossenen Lastenausgleichs 1 270 000 M. zurückfließen. Infolge des guten Geschäftsganges der Kinios ist die Luftverkehrssteuer anstatt mit 150 000 M. im Vorjahre, mit 300 000 M. diesmal in Ansatz gebracht. Daneben bringt uns die Einkommen- und die Gewerbesteuer einen höheren Beitrag, während alle übrigen Steuern ganz enorm zurückgegangen sind.

Neu beabsichtigte Einrichtungen sind das Wohnungswort, das Säuglingsheim am Mariendorfer Weg, Handelskurse für Frauen und Mädchen und Einrichtung von Ausgleichsklassen, um den Volksschülern den leichteren Übergang zu den höheren Schulen zu ermöglichen.

**Charlottenburg. Lebensmittel.** Vom Donnerstag, den 7. März, bis Sonnabend, den 16. März, wird verabsolgt 1 Pfund Rarmer Lade a 90 Pf. auf Abschnitt 14 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte. Die Verabsamung vom 26. Februar bezüglich Ausgabe von 1 Pf. Lebensmittel für Kinder im 3. und 4. Lebensjahre wird dahin ergänzt, daß nicht den vom 4. Februar 1917, sondern vom 1. Januar 1916 bis 31. Dezember 1916 geborenen Kindern einmalig 1/2 Pfund Nindergerstemehl und 1/2 Pfund Säfermehl verabsolgt wird. Im Monat März erhält jede Haushaltung auf die Anweisung eines Bräutchen Sacharin. Die Charlottenburger Brotkommissionen sind Donnerstag, den 7. Freitag, den 8., und Sonnabend, den 9. März, für das Publikum nur von 12 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags geöffnet. Die über 70 Jahre alten Personen erhalten im Monat März einmalig 1 Paket Thörner Katharinen auf Grund von Berechtigungskarten, die vom 6. bis 9. März in den zuständigen Brotkommissionen gegen Vorlage eines amtlichen Ausweises über das Alter der empfangsberechtigten Personen abgeholt werden können. Die Ware kann vom 15. bis 25. März gegen Abgabe der Berechtigungskarten in Empfang genommen werden.

**Wilmerdorf. Volksmilchkarten für Kinder.** Von morgen bis Sonnabend werden durch die Brotkommissionen die für Kinder bis zu 6 Jahren (geb. am 1. April 1912 oder später) bestimmten neuen Volksmilchkarten (Areal) sowie Nahrungsmittelbescheinigungen für Kinder bis zu 2 Jahren (geb. 1. April 1916 oder später) nach besonderer Ausgabeordnung ausgegeben. Die beteiligten Haushaltungsvorstände haben in der Zeit zwischen 9 und 2 Uhr die Karten gegen Vorlegung geeigneter Urkunden (nicht polizeiliche Anmeldung der Kinder) in Empfang zu nehmen. Die Ausgabe der April-Volksmilchkarten für werdende Mütter sowie der Nahrungsmittelbescheinigungen für stillende Mütter erfolgt in der bisher üblichen Weise durch das Städtische Lebensmittelamt, Wilhelmstraße 114/115, I. Eingang, Erdgesch.

**Lichtenberg. Lebensmittel.** In Kolonialwarengeschäften und den städtischen Verkaufshallen Kronprinz- und Poststraße werden bis zu 6 Pfund inländisches Nadelnsträußen, a 25 Pf., abgegeben. Als Sonderzuteilung auf Abschnitt 185 der Lichtenberger Lebensmittelkarte kann gegen Voranmeldung je 1/2 Pfund Kaffee-Erlagmischung zum Preise von 2,50 M. pro Pfund abgegeben werden. Auf Abschnitt 10 der gemeinsamen Lebensmittelkarte gegen vorherige Anmeldung 100 Gramm Weizenmehl. Abschnitt 106 wird zurzeit nicht beliefert. Für etwa noch eintreffendes frisches ausländisches Gemüse, Weizenmehl und Nadelnsträußen, besteht Abschnitt 173, soweit Belieferung noch nicht erfolgt ist, seine Gültigkeit. In den städtischen Verkaufshallen und bei den hiesigen Fischhändlern und Mäherwarengeschäften werden abgegeben: Auf Abschnitt 186 je 1/2 Pfund frische Fische; auf Abschnitt 187 je 1/2 Pfund Mäherwaren; auf Abschnitt 188 E und J je eine Dose Sardinen in Öl.

**Spandau. Lebensmittel.** Von heute ab werden auf Abschnitt 56 je 125 Gramm Grieß geliefert. In den durch Ausgabe feintilch gemachten Geschäften werden auf Abschnitt 55 je 1/2 Pf. Wärmelade zum Preis von 90 Pf. abgegeben. In einer größeren Anzahl von Geschäften ist nach Sago auf Feld 53 der Lebensmittelkarte zu haben. Feld 53 verliert mit Ablauf von Mittwoch seine Gültigkeit.

**Friedrichshagen. Lebensmittel.** Bis Mittwoch gelangt auf Abschnitt 76 der Lebensmittelkarte je 2 Pfund Karmelade zum Preise von 1,80 M. zur Verteilung.

**Verkauf von Sämereien durch die Gemeinde.** In der Lebensmittelverkaufsstelle, Friedrichstr. 96, gelangen Sämereien, die schon jetzt gefast werden können, zum Verkauf: Karotten und Mörrrüben, Petersilie, Spinat und Fenchel. Später kommen auch die anderen Sämereien zum Verkauf. Die Bekanntmachung erfolgt noch.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

**Überschneweide.** Die von den Unabhängigen am letzten Freitag in Lichtenberg betriebene List, eine von uns einkerufene Wahlversammlung in ihre Hände zu bekommen, sollte in der am 8. März in Oberschneweide einkerkelten Veranlassung auch Anwendung finden. Der Vorsitzende, Genosse Jacobi, ließ sich jedoch auf eine solche List nicht ein und man beruhigte sich schließlich dem auch dabei, daß der Einberufer die Versammlung leitete. Die Art der immer wiederkehrenden Zwischenrufe gegen den Referenten, Genossen Wuschitz, und auch die Behauptungen der Diskussionsredner waren ganz auf das Niveau der Unabhängigen gestimmt. Die Gewerkschaftsbeamten neben an der Fühlung, Arbeiterverrot, die Gewerkschaften haben das Hilfsdienstgesetz veranlaßt und ähnliches mehr. Der am letzten Abend von einer anderen Versammlung noch erscheinende Kandidat, Genosse Wisse, konnte mit einem Teil dieser Einwände dann noch in der gebührenden Weise abklären, wobei er namentlich auch die Unlogik so mancher der Zwischenrufe sofort aufdeckte. Die Polizeikommission brachte selber einen früheren Schluß der Versammlung, als es sonst wohl eingetreten wäre.

In allgemeinen bewegte sich die Diskussion in ruhigen Bahnen. Wenn überall in dieser Weise in Arbeiterversammlungen verhandelt wird, kann der in der Versammlung mehrfach zum Ausdruck ge-

brachte Wunsch nach einem Wiederaufschluß, der auch vom Genossen Wisse entschieden unterstützt wurde, der Verwirklichung entgegengehen.

**Tempelhofer Versammlung:** Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, Berliner Straße 131, Ecke Friedrich-Wilhelm-Straße, bei Schade. Vortrag Ewald: „Innere Tätigkeit in der Gemeindeverwaltung.“

**Vieherschelde.** Die Mitgliederversammlung findet morgen, abends 8 1/2 Uhr, bei Dräger, Hindenburgdamm 13, statt. Tagesordnung: Die Reichstagswahl in Niederbarnim. Vereinsangelegenheiten.

## Soziales.

### Schau der Arbeiterinnen!

Jauner und immer haben wir darauf hingewiesen, daß der in der Kriegszeit getriebene Raubbau an der Gesundheit und Kraft der Frauen die größten Gefahren für das Volkswohl bedeute. Daher denn auch das Verlangen, die Schulpflicht für Frauen und Jugendlichen wieder in Kraft treten zu lassen. Die Regierung und die bürgerlichen Parteien des Reichstages haben sich bisher allen Forderungen dieser Art gegenüber ablehnend verhalten. Sie stehen auf dem Standpunkt, daß die rechtzeitige Herstellung der für das Meer und die Bevölkerung imentsprechlichen Erzeugnisse unter allen Umständen höhergestellt werden müssen und dem gegenüber zuerst alle Rücksichten zurückzuführen seien.

Die Anregungen, daß der Schluß der Arbeiterinnen und Jugendlichen mehr bewußt zu sein haben nun anscheinend doch eine gewisse Wirkung gehabt. Der Reichslonitzer hat im Januar d. J. an die Bundesregierung ein Rundschreiben gerichtet, in dem diese ersucht werden, die Gewerbeaufsichtsbeamten anzuweisen, folgende Grundzüge zu beachten:

1. Schwache und kränkelnde, schwangere und stillende Arbeiterinnen dürfen zur Nacht- oder Heberarbeit nicht herangezogen werden. Die Bestimmungen des § 187 Abs. 6 der Gewerbe-Ordnung (sog. weibliche Ruhezeit vor und nach der Niederkunft) müssen unter allen Umständen gewahrt bleiben.
2. Die Heranziehung von Arbeiterinnen jeden Alters zu 24 stündigen oder ähnlich langen Wechselschichten ist ausgeschlossen.
3. Werden Arbeiterinnen über 18 Jahre an der Nachtarbeit beteiligt, so müssen sie, wenn irgend möglich, in abtätigen Arbeitsschichten beschäftigt werden; jedenfalls dürfen über ihre Arbeitszeiten einschließlich der Pausen zwölf Stunden nicht übersteigen.
4. Für Arbeiterinnen zwischen 16 und 18 Jahren darf eine neue Erlaubnis zur Nachtarbeit in Schichten, die einschließlich der Pausen länger als 8 Stunden dauern, nicht erteilt werden. Für Betriebe, denen eine solche Erlaubnis schon erteilt ist, kann sie mit der Wechselschicht verknüpft werden, daß nur diejenigen Arbeiterinnen unter 18 Jahren weiter an der Nachtarbeit beteiligt werden dürfen, die sie schon jetzt leisten.
5. Arbeiterinnen jedes Alters, die in längeren als neunstündigen Schichten einschließlich der Pausen beschäftigt werden, dürfen in zwei Wochen höchstens zu sechs Nachtschichten herangezogen werden.
6. Arbeiterinnen zwischen 14 und 16 Jahren dürfen an eigentlicher Nachtarbeit — Jiffer 3, 4, 5 — nicht beteiligt werden.
7. Jungfrauen werden kann eine Beschäftigung der Arbeiterinnen zwischen 14 und 18 Jahren in verlängerten Morgen- und Abend-schichten, d. h. vor 6 Uhr morgens und nach 6 Uhr abends, wenn ihre Arbeit auf zwei höchstens neunstündigen Schichten einschließlich der Pausen beschränkt bleibt und an ihrer Arbeitsstelle kein eigentlicher Nachtbetrieb stattfindet.
8. Eine neue Erlaubnis zur Heberarbeit für Arbeiterinnen unter 18 Jahren darf nur innerhalb der Grenzen erteilt werden, die in den §§ 189a und 189b der Gewerbeordnung gezogen sind. Für Betriebe, denen eine solche Erlaubnis schon erteilt ist, kann sie mit der Wechselschicht verknüpft werden, daß nur diejenigen Arbeiterinnen unter 18 Jahren weiter in der Heberarbeit beteiligt werden dürfen, die sie schon jetzt leisten.

Es ist nicht viel, was hier gebessert werden soll, aber immerhin ist es doch ein Fortschritt, den der Reichslonitzer den Bundesregierungen vorschlägt. Wenn wir das auch anerkennen, können wir doch nicht zugeben, daß damit man genug getan hat. Die schweren Schädigungen der Volksgesundheit durch die viel zu intensive Anspannung der Frauen und Kinder geistigen gebietet die Wiederherstellung des Arbeiterstandes.

### Arbeitsvermittlung für Weibliche.

Eine gewerkschaftlich organisierte Arbeiterin schreibt uns — im vollsten Einverständnis mit unserer Auffassung: Zweifellos werden die Arbeitsnachweise in der Zukunft wichtige Aufgaben zu erfüllen haben. Von ihrem Funktionieren wird es abhängen, ob bei Beendigung des Krieges ein ähnlicher Zustand, wie wir ihn aus der ersten Kriegszeit her kennen, vorhanden sein wird oder nicht. Gut funktionierende Arbeitsnachweise können erheblich dazu beitragen, in der Zeit des Überganges aus dem Kriegszustand in die Friedenswirtschaft Störungen im Wirtschaftsleben zu vermeiden. Gut funktionierende Arbeitsnachweise bedingen aber gut arbeitende Personal für die Arbeitsvermittlung. Es mangelt an diesem besonders in der weiblichen Arbeitsvermittlung. Die Kriegsamstellen sind deshalb für die Arbeitsnachweise erst durch die nachträgliche Ergänzung und Hebung des Personals für die Arbeitsvermittlung weiblicher Personen zu fördern.

Aus den Hauptkriterienpunkten, die für die Neueinstellung von Beamten vom Kriegszustand aufgestellt worden sind, geht nun hervor, daß im den Bedarf von Arbeitsnachweisebeamten bedenken zu können, bei den sozialen Frauenkassen angefragt worden ist, ob und wieviele Schülerinnen zur Heberarbeit von Arbeitsnachweiseposten bereit und geeignet seien, gegebenenfalls mit Nachschulung in theoretischen Fächern und anschließender praktischer Arbeit.

Daß zu Arbeitsnachweisebeamten auch aus den Reihen der Arbeiterinnen geeignete Persönlichkeiten gefunden werden können, scheint dem Kriegszustand unbekannt zu sein. Diese würden aber wertvolle Kenntnisse für die Arbeitsvermittlung mitbringen, über die Schülerinnen der sozialen Frauenkassen nicht verfügen können, nämlich Berufskennntnisse. Eine diese und ohne daß die Angestellten des Arbeitsnachweises sich auch in die Lage der Arbeitenden hineinverlegen kann, muß aber die Arbeitsvermittlung notwendigerweise mehr mechanische bleiben, wodurch weder den Arbeitenden noch dem Gewerbe und dem Wirtschaftsleben gedient ist. Da das Milieu, dem die Weiblichen der sozialen Frauenkassen entstammen und ihre große Jugend ein Stachelinverlegenkönnen in die Lage der Arbeitenden in der Regel ausschließen, so ist damit zu rechnen, daß durch die Anstellung sozialer Frauenkassen die Vertrauen der Arbeiterinnen zu den Arbeitsnachweisen keineswegs wächst. Das aber würde der Fall sein, wenn für die Fächer der Arbeitsnachweisebeamten mehr als bisher intelligente Arbeiterinnen herangezogen werden, die sich theoretische Kenntnisse und die technische Handhabung der Arbeitsvermittlung in geeigneten Kursen und in der praktischen Tätigkeit schnell aneignen werden und sich dort, wo sie bereits in solchen Fächern tätig sind, auch schnell angeeignet haben. Es ist bedauerlich, daß das Kriegszustand den Schülerinnen sozialer Frauenkassen für das Arbeitsnachweises eine so bedrohte Stellung einräumt.

## Gerichtszeitung.

### Hausbesitzer und Lebensmittelkarten.

Am 17. März 1917, einem Sonnabend, erschien bei dem Hausbesitzer Poyold ein Angestellter des Magistrats Lichtenberg, um für die Bewohner des Hauses Lebensmittelkarten auszubehalten. Bei einer Nachprüfung der Karten stellte Poyold fest, daß er nicht die erforderliche Anzahl erhalten habe. Obwohl er die Brot-

kommission auffuchte, gelangte er erst am Montag in den Besitz der erforderlichen Karten. Bei der Ausbeutung der Karten trat er einen Mieter nicht in seiner Wohnung. Poyold ließ dem Mieter einen Zettel mit der Aufforderung zugehen, die Karten sich aus seiner Wohnung abholen zu wollen. Der Mieter beantwortete, den Zettel im Briefkasten nicht gefunden zu haben, begab sich am Dienstag nach der Wohnung von Poyold, trat aber Poyold dort nicht an. Als hiervon der Polizeibehörde Mitteilung gemacht wurde, begab sich am Mittwoch ein Polizeibeamter in Begleitung der Ehefrau des Mieters in die Wohnung des Hausbesitzers, um die Karten in Empfang zu nehmen; die Karten wurden auch tatsächlich ausgehändigt. Von der Strafkammer wurde Poyold zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er es unterlassen hatte, die Lebensmittelkarten an den Mieter vorchriftsmäßig auszuhändigen; nach den ergangenen Vorurteilen hätte der Angestellte, falls er einen Mieter nicht in seiner Wohnung antraf, einen Zettel an der Wohnung des Mieters mit der Aufforderung anheften müssen, die Karten abzuholen; wurden die Karten auch am folgenden Tage nicht abgeholt, so mußte der Hauswirt den Mieter abermals auf das Vorhandensein der Karten aufmerksam machen. Der Angeklagte durfte sich nicht darauf beschränken, einen Zettel durch den Türspalt zu werfen; er mußte auch am folgenden Tage den Mieter auffordern, sich die Karten vom Angestellten abzuholen. Das Kammergericht trat der Entscheidung der Strafkammer bei und wies die Revision des Angeklagten Poyold als unbegründet zurück.

## Aus aller Welt.

### Scheine Viehschlachtungen en gros.

Aus Oldenburg wird gemeldet: Schon seit längerer Zeit trieben auf den Zwischenahner Nachbarstationen Kahlauerfeld, Mohl und Rastede große Viehtransporte ein, die auf dem Landwege fortgetrieben wurden. Ein Zufall zeigte, daß das Vieh nach Kahlauerfeld ging und die angestellten Ermittlungen ergaben, daß sämtliches Vieh der dortigen großen Fleischwarenfabrik Rabben zugeführt, hier heimlich geschlachtet und das Fleisch zu Konserven verarbeitet oder eingepökelt wurde, um es nachher in den Handel zu bringen. Weitere polizeiliche Ermittlungen führten zu der Feststellung, daß etwa 300 bis 400 wertvolle Kühe und Kinder ohne Erlaubnis der Behörde geschlachtet worden sind. Der Fabrikant Rabben, der über ein großes Vermögen verfügt, war gleichzeitig Lieferant für die Seeresverwaltung. Mit Hilfe auswärtiger Händler aus Bremen, Hamburg und Altona sowie Oldenburger und Rostocker Aufkäufer verschaffte er sich das Vieh auf dem Wege des Scheinhandels. In der Rabben'schen Fleischwarenfabrik wurden Wurst- und Fleischwarenvorräte im Werte von mehr als 200 000 Mark beschlagnahmt. Das heimlich geschlachte Vieh wurde natürlich auch nicht der Fleischbeschau unterzogen. Gegen den Fabrikanten Rabben und zahlreiche Aufkäufer ist das gerichtliche Verfahren beim Landgericht zu Oldenburg bereits anhängig gemacht.

### Briefkasten der Redaktion.

- B. 2. 20.** Senden Sie sich an die Landesversicherungsanstalt und bitten Sie um Ausstellung eines Beschlusses. Sie sind übrigens im Verstum, wenn Sie glauben, daß eine Risikoprüfung der Beiträge beim Tode des Versicherten eintreten wird. Das ist nicht der Fall. Sie haben nur Anspruch auf die Witwenrente, wenn Sie selbst weiblich sind. Die Kinder haben Anspruch auf Pensionen. — **B. 2. 11.** Landtagspräsidenten: Langenau — **B. 2. 215.** Rein. — **B. 2. 36.** Da Sie dem Vorschlagsgesetz unterliegen, können Sie ohne Abklärung die Arbeit nicht aufgeben. Wird Ihnen der Schein Ihrer Meinung noch ohne ausreichenden Grund vorgelegt, so können Sie ja die Entscheidung des Schlichtungsausschusses anrufen. Nehmen Sie zu machen an das Bureau des Metallarbeiterverbandes, Berlin, Unter den Eichen 88/89. Bis zur Entscheidung des Schlichtungsausschusses müssen Sie aber die Arbeit fortsetzen. — **B. 2. 796.** 1. Rein. 2. Auch der Kammerad hat seinen Anspruch auf höhere Löhne; er hätte ihn nur, wenn er zum Unteroffizier befördert wäre. — **B. 2. 100.** Sie haben keinen Anspruch auf Entschädigung, wenn Sie sich mit dem Ausschlag einverstanden erklärt haben. Sie hätten die Einhaltung der Ruhestandsrente verlangen können. — **B. 2. 11.** Die Erhöhung der Wohnung gilt auch für Vermittler und Befragte. — **B. 2. 100.** Sie können keine Erbansprüche gegen den Vater geltend machen, da uneheliche Kinder nur am Nachlass der Mutter erbrechtlich sind, nicht an dem des Vaters. — **B. 2.** Die vollständige Räumung der Wohnung muß bis zum 4. vollzogen sein. Sie müssen aber schon am 2. einen Nachruf zum zugehörigen Mieter frei zur Verfügung stellen. — **B. 2.** Sie haben keinen Anspruch auf Verdienstgeld für den Nachruf, da er gewährt wurde zum Zwecke der Beschäftigung. — **Rechtswissenschaft 22.** Sie müssen Klage beim Amtsgericht auf Herausgabe der Sachen einreichen. — **B. 2. 103.** Der Reichstag hat beschlossen, den Kammerad, die über zwei Jahre in Haft stehen, ein zweites Vergehen zu zahlen. Der Beschluß ist leider bis heute durch den Bundesrat noch nicht genehmigt. — **B. 2. 100.** Auf Ihre Höhe Vermittlung hin können Sie doch gegen die Person nicht unternehmen. Somit können Sie Ansprüche bei der Polizei erhalten. — **B. 2. 99.** Rein. — **B. 2. 917.** Die Annahme der Auszeichnung kann der Soldat nicht verweigern. — **B. 2. 50.** Der Beschlag der Berufsgenossenschaft ist richtig; es ist gesetzlich, ihn anzulegen. Nur Rentenspeicher, die 60%, Prozent und mehr der Vollrente beziehen, haben Anspruch auf die Zulage von 8 M. — **B. 2. 100.** Rein. — **B. 2. 800.** Rein.

**Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittags.** Nüchlich mild, im Südwesten übermäßig bewölkt, mit geringen Niederschlägen. In den anderen Gegenden vielfach heiter, größtenteils trocken.

**Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter**  
Zentrale Groß-Berlin.  
Donnerstag, den 7. März 1917, abends 8 Uhr pünktlich:  
**Allgemeine Mitglieder-Versammlung**  
im Gewerkschaftshaus, Zaal 4, Engländer 15.  
Tagesordnung:  
1. Vortrag des Reichsstaatsabgeordneten Genossen Silber-schmidt über: Wohnungsnot und Wohnungsbeschaffung, eine der wichtigsten Fragen der Gegenwart und Zukunft.  
2. Der Stand der Feuerzuzulagen in Groß-Berlin.  
3. Verbandangelegenheiten.  
 Zutritt haben nur Mitglieder gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.  
Die Ortsverwaltung.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3  
**Protokoll** über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.  
Abgehalten in Würzburg vom 14. bis 20. Oktober 1917.  
Aus den Verhandlungen: Bericht des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und der Reichstagsfraktion. — Die nächsten Aufgaben der Partei: Demokratisierung. — Die nächsten Aufgaben der Wirtschaftspolitik. — Die künftige Finanzpolitik des Deutschen Reiches. — Unsere sozialpolitischen Aufgaben.  
**Preise:**  
Einfache Ausgabe broschiert 3 Mk. | Gute Ausgabe broschiert 6 Mk.  
Einfache Ausgabe gebunden 5 Mk. | Gute Ausgabe gebunden 9 Mk.



# C & A in Gang

durch unser Geschäft wird Sie rasch mit den reizvollen Neuheiten der diesjährigen Mode vertraut machen. Er wird Sie aber auch bewundernd erkennen lassen, wie groß die Fülle, wie reich die Vielseitigkeit dessen ist, was wir für Ihre Wahl bereit halten.

**Rönlgr. 33**  
Im Hofhof (Bergstraße)

**Chausseest. 113**  
Beim Oetiker Bahnhof

Sonnabends geschlossen

**Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands.**  
Zahlsche Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Steinmetz **Hermann Stemmler** am 2. März verstorben ist. Ihre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. März, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Gießereiwesens, Jochbofs, Nordend, Blauenfelder Straße, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht. 1727

Die Ortsverwaltung.

**Innungs-Krankenkasse der vereinigten Lackierer zu Berlin.**

Am 27. Februar 1918 verstarb nach langem Krankenlager das Verbandsmitglied, Herr **Hermann Passek**

Die Beerdigung in ihm einen treuen Mitarbeiter. Ihre seinem Andenken!

Die Einäscherung findet am Mittwoch, den 6. März, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium in Treptow-Saunföhrenweg, Nieholsstraße, statt. 17165

Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn und Bruder, Schwager, Onkel und Bräutigam **Max Jentzsch** im Alter von 25 Jahren am 1. März, früh 4 Uhr, sanft entschlafen ist.

Die Einäscherung findet am Donnerstag, den 7. März, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium Gieselerstr. 37/38 statt. Kränzspenden dankend erbeten. 1508

Die trauernden Hinterbliebenen.

## Heim-Lotterien

**Ziehung 16. März für Soldatenkinder**  
3657 gant. W.-Gewinne aus M. **100000**

**Ziehung 27. März für Säuglinge**  
3779 gant. W.-Gewinne aus M. **50000**

**50000** **30000**

Los Pr. 3 M., Porto u. Liste 40 Pf. Los Pr. 2 M., Porto u. Liste 30 Pf.

Je ein Los einschl. Porto u. 2 List. nur **5,50 M.** empfiehlt **Carl Heintze**, Berlin W., Unter d. Linden 21.

**Spezialarzt**  
Dr. med. Coleman für Geschlechtskrankheiten, Haut-, Harn-, Frauenleiden, nervös. Schwäche, Seelenkrankh.

Behandlung schnell, sicher und schmerzlos ohne Berufsstörung in Dr. Homeyer & Co. Konz. Labor. f. Blutunters., Fäden im Harn usw.

Friedrichstr. 81, gegenüber Klinikenstr. 56/57, gegenüber Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1. Honorar mäßig, u. Teilszahl. Separates Damenzimmer.

Ziehung 14. u. 15. März **Augusta-Victoria Geld-Lotterie**  
5618 Gewinne - Mark

**150000**  
**60000**  
**30000**

Los nur 3,30 M. Porto u. Liste 45 Pfennig.

Berliner Losezentrale Berlin C 2, Mühlendamm 3.

**Deutscher Transportarbeiterverband.**  
Verkehrsverwalt. Groß-Berlin

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Handwerker **Emil Krüger** am 1. März im Alter von 42 Jahren verstorben ist. Ihre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gießereiwesens, Jochbofs, Nordend, Blauenfelder Str. 62, aus statt. 17115

Die Bezirksverwaltung.

**Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.**  
Filiale Groß-Berlin.

Den Mitgliedern geben wir hiermit Nachricht vom Tode des Kollegen **Joseph Wilpert** von den Charlottenburger Kadetten.

Ihre seinem Andenken!

Beerdigung am Dienstag, den 5. März, nachmittags 3<sup>15</sup> Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes Charlottenburg in Stahnsdorf aus. Um rege Beteiligung bei der Beerdigung des Kollegen ersucht. 18917

Die Ortsverwaltung.

Zurückgekehrt vom Grabe meiner lieben Frau und guten Mutter ihrer beiden Kinder **Frau Martha Kaden geb. Grabmann**

Sagen wir allen für die innigste Teilnahme sowie die herrlichen Blumenspenden unseren herzlichsten Dank. Besonderen Dank den Mitbestimmern des James Kalkreuthstr. 43. 17925

Die tieftrauernden Hinterbliebenen **Emil Kaden nebst Kindern Erich und Paul.** Berlin, den 5. März 1918.

**H. & P. Uder, Berlin SO. 16**  
Tabak - Großhandlung und Tabakfabrik.  
Rauch-, Kau-, Schaupf. Tabake, Zigarren, Zigaretten

Bis auf weiteres: **Geschäftszeit 8-11 und 3-6 Uhr.**  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 3014.

**Führer**  
durch das preussische Eintourenwesen

33 bis 40 Tausend

Preis 60 Pf.

Im Vorwärts - Ausgabestellen und in der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

**Zigaretten**

1000 I D	62 M.	100 St.	6,30
1000 I E	85	100	8,50
1000 I F	88	100	8,80
1000 I P	120	100	12,00
1000 I F	130	100	13,00

Zigarren von 38 M. an. Zigaretten v. 300 St. an fort. Auch Einzelverkauf. — Nur an Verbraucher u. Restaurat. abzugeben. Zigaretten auch in größeren Posten am Lager.

**Fredy Zigaretten-Vertrieb Norden.** Berlin N 54, Brunnenstr. 17, Hof II. Geschäft ammerbrochen 2, 9-7. Sonnt. 12-2. Fernr. Nord. 2343

**Volks-Feuerbestattungs-Verein Groß-Berlin**

Die Einäscherung unseres Mitgliedes Herrn **Luis Eichhorn** Berlin, Danziger Str. 93 findet morgen Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium Berlin, Gieselerstraße 37, statt. 26317

Am 1. März, nachmittags 2 Uhr, starb nach schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwester- und Großmutter **Gertrud Griekschat** verm. Rasch geb. Antropius, 56 Jahre alt. 17216

Dies zeigen tiefbetrübt an **Die trauernden Hinterbliebenen.** SW, Schenkenborfstr. 3. Beerdigung heute, Dienstag, nachmittags 3 Uhr, auf dem Jochbofs-Friedhof, Mariendorf.

**Das Beste der Gegenwart** ist die **Wald- und Sänderreinigung-Paste „Kinofin“.**

„Kinofin“ ist das beste Handreinigungs- und Desinfektionsmittel, auch der schmutzigen Hände für jeden Arbeiter. „Kinofin“ verhilft Desinfizieren wirkt desinfizierend entfernt jede Art der Hautschädliche Keime und jede der Haut schädliche Substanz. „Kinofin“ wirkt bei jedem Arbeiter und in jedem Betriebe. „Kinofin“ reinigt die schmutzigen Arbeitskleider und Wäsche ohne angrenzende u. Kraftanstrengung. Verwendung wie Seife. Flasche 1,25 M. inkl. Porto, auch Briefmarken. Versand nur bei Zusammenfassung des Bestells. Vertreter in Berlin gesucht. Wiedervert. hoh. Vertriebs.

**„Kinofin“ - Sabrit.** Wolterstraße bei Gerner, Brunnenstr. 2 [24532]

**Die Norddeutsche Gemüsebau-Genossenschaft**

vergrößert ihre Plantagen zum Frühjahr auf das Doppelte und nimmt jetzt weitere Mitglieder auf

**gesculte Kräfte gesucht**

ein Angehörige technischer Beruf. Handwerker sollen nicht verstanden. Ihre Kenntnisse und Fertigkeiten zu kommenden Zeit anzuwenden, um teilzunehmen an den wirtschaftlichen Folgen, die naturgemäß das Ergebnis des gewaltigen Ringens sein müssen. Das beste Mittel, rasch und gründlich ohne Lehrer, durch einfachen Selbstunterricht eine gründliche Ausbildung in technischen Wissenschaften zu erwerben, sind die technischen Selbstunterrichtswerke „System Karsneck Nachfeld“, 80 S. starke Brochüre kostenlos.

Bonnens & Nachfeld, Potsdam Postfach 167

**Oskar Wollburg**  
Trauer-Magazin  
gegründet 1896  
Brunnenstr. 56/57.  
Große Auswahl in schwarzer Konfektion.

Nach Wunsch Manufakturierung in 8 Stunden. Änderungen sofort und gratis. Ausnahmestunden. bereitwilligst.

Fernsp. Amt Norden 8540.

**Tabak anbauen**

bringt hohen Gewinn. 300 bez. Tabakpflanzen austr. 3. Ernte von 20 Pfd. Tabak = 1000 Zigaretten mit Kulturanleitung u. Anleitung 3. Zigarettenmachen | 138. E. Hochbartensbau, Berlin-Schönholz U.

**Blumen- und Kranzbinderei**  
von Robert Meyer,  
Geb. P. Golts  
Mariannenstr. 3, Tel. Mpl. 10303

Die Einäscherung unseres Mitgliedes Herrn **Hermann Passek** Reutbahn, Landstraße 7 findet morgen Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium Baumföhrenweg statt. Ihre ihrem Andenken!

**Spezialarzt**  
Dr. med. Laabs

sch. schnell, gründl., mögl. schmerzlos u. ohne Berufsstör. Geschlechtskrankheit, geheime Haut-, Harn-, Frauenleiden, Schwäche, Erbprobleme, Nerven- und Blutunterstützung.

**Königsstr. 34/36,** Alexanderplatz. Epr. 10-12 u. 5-8, Sonnt. 10-1.

**Feurig süßer**

# Santa-Lucia-Wein

Käuflich in Apotheken, Drogen- u. Delikatess-Geschäften.

## Zeitungs-Ausgabestellen und Inseraten-Nachnahme.

**Zentrum:** Albert Bahnel, Adersstr. 174, am Kopenplatz. Geöffnet von 11-12 und von 4-7 Uhr.

**1. Wohlfahrt:** 8. und SW: Gustav Schmidt, Färwaldstr. 42, an der Gieselerstraße. Geöffnet von 11-12 und von 4-7 Uhr.

**2. Wohlfahrt:** St. P. 13, Pringelstr. 31, bei rechts part. Geöffnet von 11-12 und von 4-7 Uhr.

**3. Wohlfahrt:** Osten: Robert Bengels, Markstr. 36. Geöffnet von 11-12 und von 4-7 Uhr. — Karl Reile, Petersburger Platz 4 (Baden). Geöffnet von 11-12 und von 4-7 Uhr.

**4. Wohlfahrt:** Südosten: Paul Böhm, Lustiger Platz 14/15. Geöffnet von 11-12 und von 4-7 Uhr.

**5. Wohlfahrt:** Leo Zucht, Jannaschstr. 12 (Hof). Geöffnet von 11-12 und von 4-7 Uhr.

**6. Wohlfahrt (Koblenz):** Joseph, Wilhelmshagenstr. 48. Geöffnet von 11-12 und von 4-7 Uhr.

**Wedding:** J. Dönitz, Müllerstr. 34a, Ecke Urrechter Straße (Baden). Geöffnet von 11-12 und von 4-7 Uhr.

**Mohrenstraße und Oranienburger Vorstadt:** H. Wolgast, Watzstr. 8. Geöffnet von 11-12 und von 4-7 Uhr.

**Gesundbrunnen:** Fischer, Poststr. 6 (Baden). Geöffnet von 11 bis 12 und von 4-7 Uhr.

**Schönhauser Vorstadt:** Karl Mars, Greifenhagener Straße 22. Geöffnet von 11-12 und von 4-7 Uhr.

**Adershof:** Fehrborn, Bismarckstraße 22.

**Alt-Wienstraße, Kollnsee:** Salzmanna, Kollnsee, Gartenstraße 10. Baumföhrenweg: Karl Kämpf, Gieselerstr. 179.

**Berlin, Köpenick, Sepphoris, Schönau, Schönbrunn und Bad:** Heinrich Dreyer, Berman, Mühlentstr. 6 (Baden).

**Köpenick:** Dorlemann, Genossenschaftshaus „Paradies“, Charlottenburg: Gustav Schwarberg, Seelenheimer Straße 1. Geöffnet von 11-12 und von 4-7 Uhr.

**Tichowalde, Schmöckwitz, Jentzen, Niedersdorf:** Oskar Rable, Grämerstr. 57.

**Friedrichsdorf, Petershagen:** Ulfenwasser, Petershagen.

**Friedebau, Steglitz, Südende:** H. Bernier, Steglitz, Rommelsstr. 59.

**Friedrichshagen, Pichmann, Rahnsdorf, Schöneiche, Klein-Schönebeck:** Ernst Bertram, Friedrichshagen, Köpenicker Straße 18.

**Grünau:** Franz Klein, Friedrichstr. 10.

**Johannisthal:** Max Ganschur, Poststr. 23.

**Karlshorst:** Frau Sacht, Junfer-Nörg-Str. 7 II.

**Königs-Waldpark, Wildau, Niederschorf:** Friedrich Baumann, Lindenwälder Straße 5.

**Niederschorf:** Emil Böhler, Rieher Straße 6 (Baden). Geöffnet von morgens 7 Uhr bis abends 8 Uhr.

**Niederschorf I, Friedrichshöhe, Hohenföhrenhausen:** Otto Seifert, Wartenbergstraße 1 (Baden). Geöffnet von 11-12 und von 4-7 Uhr.

**Niederschorf II, Himmelsburg, Stralau:** A. Rosenkrantz, Alt-Boysbagen 58. Geöffnet von 11-12 und von 4-7 Uhr.

**Rahnsdorf, Rahnsdorf, Niederschorf:** H. Heßberg, Rahnsdorf, Ferdinandstraße 17.

**Rahnsdorf, Mariensdorf:** August Reip, Chausseest. 29.

**Reutbahn:** M. Heinrich, Redarstr. 2 (Baden). Geöffnet von 11-12 und von 4-7 Uhr.

**Reutbahn-Brick:** Rohr, Gieselerstr. 2329. Geöffnet von 11-12 und von 4-7 Uhr.

**Niederschöneiche:** Wilhelm Urruh, Brückenstr. 10, II.

**Romstedt:** Karl Rohrbach, Eisenbahnstr. 15.

**Oberschöneiche:** Ida Freidank, Bismarckstr. 25, I.

**Pantow, Niederschorfhausen, Köpenick, Franz-Buchholz, Pioniersburg:** R. Hermann, Pantow, Mühlentstr. 70.

**Reinickendorf:** H. Wilhelmshagen und Schönholz: R. Gursch, Strobingstraße 56 (Baden). Geöffnet von 11-12 und von 4-7 Uhr.

**Schönhauser bei Königs-Waldpark:** Chr. Gansche, Watzstr. 10.

**Schönhauser:** Wilhelm Baumler, Weininger Straße 9 (Baden). Geöffnet von 11-12 und von 4-7 Uhr.

**Spandau, Siemensstadt:** E. Stabi, Spandau, Parochialstr. 10.

**Tegel, Tichowalde, Wittenau, Weidmannsdorf, Vermdorf, Dohren-Rehen-** dorf, Virelmeider, Freie Scholle und Reinickendorf-Brick: Paul Rietzsch, Tichowalde, Köpenicker Str. 10. Geöffnet von 11-12 und von 4-7 Uhr.

**Teltow:** Pfeifer, Gabelstr. 2.

**Tempelhof:** Rud. Nedermann, Kaiser-Wilhelm-Straße 74.

**Treptow:** Rod. Gramann, Pichlerstr. 412, vom 1 Trepp.

**Wiesensee, Niederschorf:** Gust. Hofstätt, Berliner Allee 11.

**Wilmersdorf, Döhlen, Schwanenbühl:** Paul Schubert, Wilhelmstr. 27.

**Zossen:** H. Ratsch, Berliner Straße 24.

Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert. Sonntags sind die Ausgabestellen geschlossen.

Nur ein Saccharinpläschen...

Von Th. Thomas.

Der Schuplay ist ein Kaffee in der Nähe des Bahnhofs. Hier Originalkaffee... gäulen sich rechtlich ab, durch Geräusche, die musikalisch sein sollen...

Die Kellnerinnen haben wenig zu tun. Sie plaudern in einer Ecke. Die mich bedient, ein schwächliches, fast durchsichtiges Verführerchen...

Das alles geht viel rascher, als man es liebt, der Herr im Gehrock mit seinen zwei Säcken von Gold, der jeden Gast wie einen guten Bekannten anlächelt, hat nichts gesehen.

Das Zustehen zwischen den Weißgekleideten wiederholt sich öfters. Die Kellnerinnen geben es nur immer der einen oder jedesmal zu geschick, daß der Gedrode gerade vorbeigeschwenkt ist...

Sagen Sie, Fräulein, eröffne ich die Unterhaltung. Sind Sie verheiratet in diesen Juckererjag, weil Sie ihn so an Ihr Herz drücken?

Schauens, was wollen's denn machen, hästerte sie mir zu, vier Kinder, darunter ein kleines, dabei nur das bißchen Zucker, da langen's so zu, daß dirjen's glauben.

Sie wird abgemürt. Vor drei Wochen erst entbunden, dabei heute wieder in dieser Luft, dazu die Kennerei. Wie ein Mensch so was aussieht!

Wissen's mein Mann war auch sechzehn Monat drauß. Jetzt haben's ihn mir wieder geschickt. Er geht auf die Baustelle, bringt aber nichts dort daheim, wie gewöhnlich Lumpen.

Fräulein zahlen! komm ich. Die Tür dreht wieder neue Menschenwecken herein. Stille Spritzer davon fallen in meine Nähe: Drei Damen und zwei Herren, wandelnde Göttergötter, mit aufreizenden Gesichtern.

Man muß heutzutage alles mit sich rumtschleppen, ächt die Idee in der Mitte, die eine Brosche vorgesteckt hat wie einen Keller aus Hildeburg.

Für unser Mädchen, wie können das Zeug nicht schmecken. Trotzdem raßt sie auch die übrigen noch an sich. Von dem folgenden Gespräch höre ich nur immer Bruchstücke.

Haben Sie noch viel? Ja, wir sind noch versorgt mit Zucker. Allerdings haben wir drei Mark fünfzig für das Pfund zahlen müssen.

Unterständig. Kann man da nicht auch was herbeikommen? Sider, wir haben uns einen Viertelzenter... Mumm.

Am Ende der Woche komme ich nochmals in das Kaffee. Meine Saccharinfreundin fehlt. Ich erfahre, daß sie krank geworden ist.

Wenn ich Saccharin sehe, fällt sie mir immer ein. Ob sie bald wieder auf die Beine kommt? Wer sorgt jetzt für ihre Kinderchen, wer für die anderen Tausende von Kleinen, denen der Zucker sonst alles war?

Der Beinbruchstein.

Ungeahnte Möglichkeiten zur Entfaltung der ärztlichen Heilkunst hat uns die Kriegszeit gebracht. Unvorstellbar schwierige Fälle von Knochenbrüchen und Knochenverletzungen stellen die höchsten Anforderungen an die Fähigkeiten unserer Chirurgen.

Die seitlich muten und den gegenüber manche Vorstellungen aus der Heilkunst der früheren Jahrhunderte an. Sie führen uns zurück in jene Zeiten, in denen die Medizin eng mit Aberglauben aller Art verknüpft war.

Diese Beinbrüche waren ehemals ein von den Ärzten geachtetes Geheimnis. Man sah ihre seitliche Knochenähnliche Gestalt, deren Entstehung man sich nicht zu erklären wußte als eine von der Natur gegebene Bedeutung an, sie gegen Knochenbrüche zu bewahren.

So vergeht die Herrlichkeit der Welt! Aber uns ist es doch wohl bei dem Gedanken, daß es menschlicher Forscherarbeit gelingen ist, schweren Schäden wegzuhelfen in etwas abhelfen zu können, sich von den Ansichten der Alten zu befreien, deren Eingriffe im günstigsten Fall nur der Natur nützlich in den Weg legen, oft jedoch

doch gerade das Gegenteil von dem bewirkten, was die moderne Medizin als richtig erkannt hat.

Aus der guten alten Zeit.

In Mecklenburg-Schwerin tobte vor 200 Jahren ein langer bestiger Kampf zwischen dem absolutistischen Fürstentum und dem landständigen Adel, dem Rittertum.

Der damalige Herzog Karl Leopold, der eine Nichte des kaiserlichen Kaisers Peter zur Gemahlin hatte, gefiel sich in der Rolle eines russischen Jägers.

Am 6. März kam es zum Gefecht zwischen den Kaiserlichen und der zusammengewürfelten karolischen Armee. Schwerin, der Reichtherr des Fürstentums, sollte sich hier seine Palme, die ihm später in preussische Dienste brachte.

Der Preußenkönig stellte Schwerin einst seiner Gemahlin, einer Prinzessin von Hannover, mit den höchsten Worten vor: Hier steht du, ist der Mann, der deine Bundesleute so schön ausgeklopft hat.

Seit 1729 regierte in Mecklenburg sein Bruder Christian Ludwig II.

Notizen.

Sieffan Zweig's "Jeremias" erlebte in Jülich seine erste Aufführung. Der Dichter tut darin von dem gegenwärtigen Kriege den Schritt in die gerühmte Vergangenheit, holt aus der Tragödie eines Volkes — der Eroberung Jerusalems — das ewigerschütternde und schick dem Gipfel seiner Menschlichkeit seine gültige, liebedeuliche Stimme in den Strom heiterer Bewunderung.

Ein Institut für Kohlenbergung und Nebenproduktengewinnung ist kürzlich in Oesterreich gegründet worden. Der Zweck des Instituts ist die Förderung der rationellen wirtschaftlichen Bewertung der Kohlenvorräte unter Gewinnung der erzielbaren Nebenprodukte durch Schaffung einer Großgasindustrie, durch Bearbeitung aller Fragen der Kohlenbergung und durch Ausföhrung technischer Versuche usw.

Deutsche in der Ukraine. In der Ukraine haben sich im Laufe des 19. Jahrhunderts zahlreiche deutsche Kolonisten angesiedelt. Man zählte in Laurin 822, im Bezirk Jekaterinow 141, in Chelou 124 und in Bepharaim 80 deutsche Dörfer.

Eine Brücke zwischen Chelou und Bordenindien. Ein großartiger Plan beschäftigt gegenwärtig die englisch-indische Transkontinental: es handelt sich um eine feste Eisenbahnverbindung zwischen der Südküste Vorderindiens und der Nordwestküste Chelous.

Die Karten allein taten's nicht, es war klüger, man baute sich selber etwas an. Wenn man nur Kartoffeln hatte, auch ohne Fett ergeben sie das Fleisch und Brot.

Wie sollte es werden! Mit einem gewissen Bangen sah Frau von Voigt in die Zukunft. Das, was ihr Mann schrieb von militärischer Ueberlegenheit, von den Erfolgen zu Wasser und zu Lande, von den Heimföhrungen Englands durch die Luftschiffe, von dem guten Geist in der Marine und an der Front, von den kühnen Aufklärungsflügen der Flieger, das las sie wunderschön, sie las es mit einem Aufatmen.

Sie sich die verhärteten, abgemüdeten Frauen müßten! Jahrelang war das Land verunkrautet, von Heidegrün überwuchert; ein Pflug hätte leichter sich Bahn geschaffen, aber sie gruben's um mit dem Spaten, legten ihre dürftige Saat und wanderten jede Freistunde heraus. Und es war eine steile Bergarbeit: ging es schon auf? Hatten auch die Kräfte nicht alles weg?

„Sieh mal, Viki,“ sagte Frau von Voigt zu ihrer Tochter, „da buddelt wahrhaftig auch unser Nachbar, der alte Geheimrat!“

Die Mutter holte jetzt zuweilen die Tochter zum Spazierengehen ab. Es hatte Viki erst Ueberwindung gekostet — ach, sollte sie die gleichen Wege gehen, ohne ihn! — aber die Mutter hatte so herzlich gebeten: „Es würde dir doch gut tun, dir und mir, in der Natur ist Friede,“ — daß sie nicht nein sagen mochte.

Der geheime Rechnungsrat war in Hemdärmeln, den Kopf hatte er ausgezogen und auf eine Stange gehängt, sein graues Haar flatterte im lustigen Wehwind. Verlegen wollte er in den Kopf schlüpfen, aber die Generalin hielt ihn davon ab: das wäre ja noch schöner, wenn er sich jetzt gemieren wollte. „Alle Achtung, Herr Geheimrat, daß Sie so schaffen, was pflanzen Sie?“

(Fort. folgt.)

Töchter der Hekuba.

Ein Roman aus unserer Zeit von Clara Viebig.

Herr Dombrowski war seinem Weibe nicht nachgeföhrt. Leicht hätte er die Frau einholen können, mit einem Satz, sie packen, würgen, strafen für ihre schandlose Untreue, für ihren Verrat.

Seine Kräfte wankten, er fuhr sich nach der Stirn: träumte er das nicht alles? Lag er nicht noch im Schlingengraben? Da hatte er einmal einen der Eingedrungenen an der Gurgel gepackt gehabt — schon quollen dem die Augen heraus, schon bläste die Zunge — genau so, genau so wie jetzt war ihm damals zumute gewesen.

Er stand allein im verwüsteten Zimmer; schwerfällig den Kopf wendend, sah er langsam hinter sich. Da das gewöhnliche Bett, ein umgeföhrtter Stuhl, verstreute Kleider — und hier, hier, ganz allein, er, Stanislaus Dombrowski, der Ukrlander.

Ober war der es nicht? Wie ein Irter schüttelte der Mann den Kopf: das war der Dombrowski doch nicht? Einer war ausgezogen von hier, der hatte braune Haare, einen braunen Schnurbart. Aber der Kerl im Spiegel war ja so grau, ganz grau — wer war das?

Er brachte sein Gesicht näher ans Glas, er sah sich selber und prollte zurück, ganz entsetzt: ein alter Kerl! Eisgrau an den Schläfen, das Gesicht verkrüppelt. Was hatte er doch für hundert und hundert Schrammen! Und so mager am Hals! Wie bei einem alten Godel der Hautlappen, so hing ihm der Kehlkopf. Der feldgraue Kopf schlotterte. Und so ein Mannsbild, so ein alter Kerl — vergraut, verkrüppelt, verkrüppelt — so einer, ja was wollte denn so einer hier? Bahnte der zu der schönen Wirtin, der jungen Frau?

Dombrowski's blutunterlaufenen Augen zwinkerten, er verzog das Gesicht, als wollte er weinen. Ein gequälter Laut, Schluchzen und Lachen zugleich, entrang sich seiner verdorrneten Kehle. Was sollte denn werden? Er hatte plötzlich Mitleid mit ihr. Nach dich fort, mach dich fort! — sagte etwas in ihm. Ja, das war das Beste, er ging wieder fort, ging, woher er gekommen war. Lieber wieder im Schlingengraben. Zu Hause war's nicht schön, würde er sagen; sie würden ihm glauben, vielleicht auch nicht. Es war schon manch einer eher wiedergekommen, als der Urlaub zu Ende gewesen.

So ein alter Kerl, so ein alter Kerl! Er stierte noch einmal sein graues Spiegelbild an und nickte tiefinnig. Dann schwang er sich aus dem Fenster. Ohne Geräusch glitt er an der Mauer herab.

Die Nacht war zu Ende. Im Morgenrot schwammen die Felder in rosa Luft, trillernd stieg eine Lerche vom Aderrain und wübelte empor zum erglühenden Kuhlth der Sonne.

XIV.

Wenn jetzt Frau von Voigt spazieren ging, sah sie, wie überall an Stelle der weiten, gras- und gepflügelbewachsenen Flächen, die den Borort umgaben, das Deland sich aufschickte, Acker zu werden. Da hatten überall Häuser hinkommen sollen, fremdbliche Villen, in Gärten gebettet, aber der Krieg hatte Halt geboten. Alle Bautätigkeit ruhte. Sie, die da bauen sollten, lagen im Graben oder richteten die Geschäfte gegen den Feind, oder führten Munition, oder waren bei den Armierungstruppen, belagerten die Unterstände und richteten Stadtdrahtverhaue auf. Jetzt waren die Frauen am Werk. Es war fast keine hier, die nicht ein Stückchen Land gepachtet hatte. Wenig war's, aber es würde genügen, Kartoffeln zu ernten, ein bißchen Kohl, ein paar Rüben, das Rotdürftigste,





# Der Friedensvertrag des Vierbundes mit Rußland.

Der politische Hauptvertrag, der am Sonntag in Brest-Litowsk unterzeichnet wurde, trägt den Titel: Friedensvertrag zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und Rußland andererseits. Nach dem Vermerk, daß Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei einerseits und Rußland andererseits übereingekommen sind, den Kriegszustand zu beenden und die Friedensverhandlungen möglichst rasch zum Ziele zu führen, werden die zu diesem Zweck von den fünf Regierungen Bevollmächtigten namentlich aufgezählt. Dann heißt es:

Die Bevollmächtigten sind in Brest-Litowsk zu den Friedensverhandlungen zusammengetreten und haben sich nach Vorlegung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten über folgende Bestimmungen geeinigt:

**Art. 1.** Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei einerseits und Rußland andererseits erklären, daß der Kriegszustand zwischen ihnen beendet ist. Sie sind entschlossen, fortan in Friede und Freundschaft miteinander zu leben.

**Art. 2.** Die vertragsschließenden Teile werden jede Agitation oder Propaganda gegen die Regierung oder die Staats- und Heeresrichtungen des anderen Teiles unterlassen. Die Verpflichtung gilt, soweit sie Rußland obliegt, auch für die von den Mächten des Vierbundes besetzten Gebiete.

**Art. 3.** Die Gebiete, die westlich der zwischen den vertragsschließenden Teilen vereinbarten Linie liegen und zu Rußland gehört haben, werden der russischen Staatshoheit nicht mehr unterstehen; die vereinbarte Linie ergibt sich aus der diesem Friedensvertrag als wesentlicher Bestandteil beigefügten Karte.

Die genaue Festlegung der Linie wird durch eine deutsch-russische Kommission erfolgen. Den in Rede stehenden Gebieten werden aus der ehemaligen Zugehörigkeit zu Rußland keinerlei Verpflichtungen gegenüber Rußland erwachsen. Rußland verzichtet auf jede Einmischung in die inneren Verhältnisse dieser Gebiete. Deutschland und Oesterreich-Ungarn beabsichtigen, das künftige Schicksal dieser Gebiete im Benehmen mit deren Bevölkerung zu bestimmen.

**Art. 4.** Deutschland ist bereit, sobald der allgemeine Friede geschlossen und die russische Demobilisierung vollkommen durchgeführt ist, das Gebiet östlich der im Art. 3 Abs. 1 bezeichneten Linie zu räumen, soweit nicht Art. 6 anders bestimmt.

Rußland wird alles in seinen Kräften Stehende tun, um die allseitige Räumung der osmanischen Provinzen und ihre ordnungsmäßige Rückgabe an die Türkei sicherzustellen.

Die Bezirke Erzerum, Harz und Batum werden gleichfalls ohne Verzug von den russischen Truppen geräumt. Rußland wird sich in die Neuordnung der staatsrechtlichen und völkerrechtlichen Verhältnisse dieser Bezirke nicht einmischen, sondern überläßt es der Bevölkerung dieser Bezirke, die Neuordnung im Einvernehmen mit den Nachbarstaaten, namentlich der Türkei, durchzuführen.

**Art. 5.** Rußland wird die völlige Demobilisierung seines Heeres einschließlich der von der jetzigen Regierung neu gebildeten Heeresteile unverzüglich durchführen. Ferner wird Rußland seine Kriegsschiffe entweder in russische Häfen überführen und dort bis zum allgemeinen Friedensschluß belassen, oder sofort desarmieren. Kriegsschiffe der mit den Mächten des Vierbundes im Kriegszustand verbleibenden Staaten werden, soweit sie sich im russischen Machtbereich befinden, wie russische Kriegsschiffe behandelt werden.

Das Sperrgebiet im Eismeer bleibt bis zum allgemeinen Friedensschluß bestehen. In der Ostsee und, soweit die russische Macht reicht, im Schwarzen Meer wird sofort mit der Begräumung der Minen begonnen. Die Handels-schiffahrt in diesen Seengebieten ist frei und wird sofort wieder aufgenommen. Zur Festlegung der näheren Bestimmungen, namentlich zur Bekämpfung der gefährlichen Wege für die Handelschiffe, werden gemischte Kommissionen eingesetzt. Die Schifffahrtswege sind demnach von treibenden Minen freizuhalten.

**Art. 6.** Rußland verpflichtet sich, sofort Frieden mit der ukrainischen Volksrepublik

zu schließen und den Friedensvertrag zwischen diesem Staate und den Mächten des Vierbundes anzuerkennen. Das ukrainische Gebiet wird unverzüglich von den russischen Truppen und der russischen Roten Garde geräumt. Rußland stellt jede Agitation oder Propaganda gegen die Regierung oder die öffentlichen Einrichtungen der ukrainischen Volksrepublik ein.

**Estland und Livland**  
werden gleichfalls ohne Verzug von den russischen Truppen und der russischen Roten Garde geräumt. Die Ostgrenze von Estland läuft im allgemeinen dem Narwa-Flusse entlang, die Ostgrenze von Livland verläuft im allgemeinen durch den Rapsa-See und Pflotschen See bis zu dessen Südwestufer dann über den Lubanschen See in Richtung Livenhof an der Düna. Estland und Livland werden von einer deutschen Polizeimacht besetzt, bis dort die Sicherheit durch eigene Landeseinrichtungen gewährleistet ist. Rußland wird alle verhafteten oder verschleppten Bewohner Estlands und Livlands sofort freilassen und gewährleisten die sichere Rücksendung aller verschleppten Estländer und Livländer.

**Finnland und die Kolandinseln**

werden sobald von den russischen Truppen und der russischen Roten Garde, die finnischen Häfen von der russischen Flotte und den russischen Seestreitkräften geräumt. Solange das Eis die Überführung der Kriegsschiffe in russische Häfen ausschließt, werden auf den Kriegsschiffen nur schwache Kommandos zurückgelassen. Rußland stellt jede Agitation oder Propaganda gegen die Regierung oder die öffentlichen Einrichtungen Finnlands ein.

Die auf den Kolandinseln angelegten Befestigungen sind sobald als möglich zu entfernen. Ueber die dauernde Nichtbefestigung dieser Inseln sowie über ihre sonstige Behandlung in militärischer und schifffahrtstochischer Hinsicht ist ein besonderes Abkommen zwischen Deutschland, Finnland, Rußland und Schweden zu treffen; es besteht Einverständnis darüber, daß hierzu auf Wunsch Deutschlands auch andere Anliegerstaaten der Ostsee hinzuzuziehen sein würden.

**Art. 7.** Von der Tatsache ausgehend, daß Persien und Afghanistan

freie und unabhängige Staaten sind, verpflichten sich die vertragsschließenden Teile, die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und die territoriale Unversehrtheit dieser Staaten zu achten.

**Art. 8.** Die beiderseitigen Kriegsgefangenen

werden in ihre Heimat entlassen. Die Regelung der hiermit zusammenhängenden Fragen erfolgt durch die im Art. 12 vorgesehenen Einzelverträge.

**Art. 9.** Die vertragsschließenden Teile verzichten gegenseitig auf den Ersatz ihrer

**Kriegskosten,**

d. h. der staatlichen Aufwendungen für die Kriegführung, sowie auf den Ersatz der Kriegsschäden, d. h. derjenigen Schäden, die ihnen und ihren Angehörigen in den Kriegsjahren durch militärische Maßnahmen mit Einschluß aller in Feindesland vorgenommenen Requisitionen entstanden sind.

**Art. 10.** Die diplomatischen und konsularischen Beziehungen zwischen den vertragsschließenden Teilen werden sofort nach der Ratifikation des Friedensvertrages wieder aufgenommen. Wegen Zulassung der beiderseitigen Konsulen bleiben besondere Vereinbarungen vorbehalten.

**Art. 11.** Für die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Mächten des Vierbundes und Rußland sind die in den Anlagen 2 bis 5 enthaltenen Bestimmungen maßgebend, und zwar Anlage 2 für die deutsch-russischen, Anlage 3 für die österreichisch-ungarisch-russischen, Anlage 4 für die bulgarisch-russischen, Anlage 5 für die türkisch-russischen Beziehungen.

**Art. 12.** Die Herstellung der öffentlichen und privaten Rechtsbeziehungen, der Austausch der Kriegsgefangenen und der Zivilinternierten, die Annahmefrage sowie die Frage der Behandlung der in die Gewalt des Gegners geratenen Handelschiffe werden in Einzelverträgen mit Rußland geregelt, welche einen wesentlichen Bestandteil des gegenwärtigen Friedensvertrages bilden und, soweit tunlich, gleichzeitig mit diesem in Kraft treten.

**Art. 13.** Bei der Auslegung dieses Vertrages sind für die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland der deutsche und der russische Text, für die Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland der deutsche, der ungarische und der russische Text, für die Beziehungen zwischen Bulgarien und Rußland der bulgarische und der russische Text, und für die Beziehungen zwischen der Türkei und Rußland der türkische und der russische Text maßgebend.

**Art. 14.** Der gegenwärtige Friedensvertrag wird ratifiziert werden; die Ratifikationsurkunden sollen tunlichst bald in Berlin ausgetauscht werden. Die russische Regierung verpflichtet sich, den Austausch der Ratifikationsurkunden auf Wunsch einer der Mächte des Vierbundes innerhalb von zwei Wochen vorzunehmen. Der Friedensvertrag tritt, soweit nicht seine Artikel, seine Anlagen oder die Zusatzverträge anders bestimmen, mit seiner Ratifikation in Kraft.

In Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag eigenhändig unterzeichnet.

Ausgefertigt in fünfacher Urschrift in Brest-Litowsk am 3. März 1918. (Folgen Unterschriften.)

Anmerkung des B. L. V. Die handelspolitischen Fragen, auf die sich Art. 11 bezieht, sind nach den Forderungen des deutschen Ultimatums und analog dem ukrainischen Verträge geordnet. Was die rechtspolitischen Vereinbarungen angeht, so entsprechen sie im wesentlichen den Vorschlägen, die auf Grund des Ultimatums von deutscher Seite in der ersten Sitzung unterbreitet worden sind.

Der Friedensvertrag wird, wie das „B. L.“ hört, von dem Staatssekretär v. Kühlmann und dem Grafen Czernin in Bukarest nachträglich unterzeichnet werden.

Daß der Friedensvertrag in Rußland Widerstände wecken und wachhalten wird, ist zweifellos. Sie melden sich auch bereits. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt:

„Von russischer Seite wird behauptet, daß die russischen Unterhändler in Brest-Litowsk genötigt gewesen seien, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ohne von seinem Inhalt die erforderliche Kenntnis genommen zu haben. Diese Behauptung ist völlig unzutreffend. Was die rechtlichen Bestimmungen des Vertrages betrifft, so stimmen sie völlig mit denen überein, die in den wochenlangen Verhandlungen zwischen Delegationen in Brest-Litowsk schon vor der Wiederaufnahme der Verhandlungen festgelegt worden waren. Die politischen Bestimmungen des jetzigen Vertrages sind nach der Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen den russischen Delegierten und dem Gesandten von Rosenberg eingehend erörtert worden. Besondere Kommissionen einzusetzen, haben die Russen selber abgelehnt. Sie haben also in voller Kenntnis und nach einer Prüfung, die sie selber als ausreichend betrachtet haben, den Vertrag gezeichnet.“

Ein indirektes Petersburger Telegramm der „National-Zeitung“ behauptet, der linke Flügel der sozialrevolutionären Partei habe sich im Gegensatz zu dem Sowjet und den anderen maximalistischen Organisationen gegen den Friedensschluß mit Deutschland ausgesprochen.

Die im Art. 3 des Friedensvertrages mit Rußland vorgesehene Linie, welche die russische Staatshoheit im Westen begrenzt, läuft zwischen den Inseln Dagos und Worms, sowie zwischen Moon und dem Festlande hindurch und erreicht in flachem Bogen, durch den Rigaischen Meerbusen gezogen, etwas nordwestlich der Mündung der Livländischen Aa das Festland, geht in der Verlängerung des Bogens um Riga herum und überschreitet östlich von Oger-Gasse die Düna. Sie folgt dem Laufe der Düna bis östlich Dünaburg bis zu der Stelle, wo die bisherige kurländische Grenze aufhörte und geht von hier in ziemlich gerader Linie bis zur Südspitze des Drußwajah-Sees, wobei der Ort Drußwajah selbst östlich dieser Linie bleibt. Von hier biegt die Linie in süd-südwestlicher Richtung um und kreuzt die Bahnlinie Szwentzjanzh Ljuntuph etwa in der Mitte. Die Orte Widsh und Lwerstach bleiben östlich der Linie liegen. In den Orten Michaliskij und Gertwanjah vorbei, die beide westlich der Linie verbleiben, erreicht die Linie in mehrfachen Windungen die Bahnlinie Wilna-Szmarjon,

die sie etwas westlich des Ortes Szlobodka überschreitet, und hält jetzt wiederum südwestliche Richtung inne, wobei sie dem Laufe der Opita und der Gornja bis zur Einmündung in den Rjemen folgt. Schumjana und Sjemjenskij bleiben östlich der Linie, Klewiza und Sjernon westlich derselben.

Die Linie folgt jetzt flughabwärts dem Rjemen bis oberhalb Mocht und biegt hier direkt nach Süden ab in den Flußlauf der Sjelwjanika, dem sie folgt bis zum Orte Ruffan, welcher östlich der Linie verbleibt. Von hier aus geht sie in südwestlicher Richtung bis zur ukrainischen Grenze, wo Pruschan erreicht wird. Die Orte Szmoljenija und Bobutschin bleiben östlich der Linie liegen.

Eine ganz genaue Festlegung der Linie wird durch eine deutsch-russische Kommission erfolgen.



## Parteinachrichten.

**Die Münchener Parteiorganisation und der Streik.**  
Am Freitagabend tagte eine Wahlkreis-Konferenz für die zwei Münchener Reichstagswahlkreise. Gen. Auer gab einen Überblick über den Gang der Bewegung und den Stand der Dinge. Darauf konnte nach 1 1/2 stündiger Dauer die Versammlung mit folgender, einstimmig angenommener, Entschließung geschlossen werden:

„Die Wahlkreis-Konferenz für die Wahlkreise München I und II billigt vollkommen das Eingreifen und die Maßnahmen der Parteileitung bei der letzten Streikbewegung. Ebenso ist die Konferenz vollkommen einverstanden mit der Vertretung der Forderungen der Arbeiter bei der Regierung und den Behörden.“

Die Bedenken und Behauptungen, die in der letzten Zeit erhoben wurden, daß die Arbeiterausschüsse für politische Zwecke mißbraucht worden seien, müssen als denunziatorische, scharfmacherische Entgeisungen zurückgewiesen werden.

Politische Ursachen haben zum Streik geführt, der Streik war zur Laitsache geworden und es mußte ein Weg gefunden werden, der es ermöglichte, rasch geordnete Verhandlungen zwischen den zuständigen Ämtern und den Arbeitern herbeizuführen.

Das war nur zu erreichen durch unverzügliche Zusammenfassung der zur Vertretung von Arbeiterfragen legitimierten Arbeiterausschüsse. Verlauf und Ergebnis der Angelegenheit machen alle formalistischen Einwände hinfällig.

Die Zeitverhältnisse verlangen gebieterisch Maßnahmen, durch die die Parteileitung über Vorkommnisse in Betrieben rasch und sicher informiert wird, damit die Ursachen zu Weiterungen sofort beseitigt werden können.

Darum muß von den Arbeitern verlangt werden, daß sie in steter Fühlung mit der Parteileitung bleiben und alle Vorkommnisse sofort melden sowie den Forderungen und Aufforderungen, die nicht von der sozialdemokratischen Partei ausgehen, in keiner Weise nachkommen.

Die Arbeiter müssen jede Zersplitterung der Arbeiterbewegung zurückweisen, sie müssen gerade jetzt für eine Zusammenfassung aller Kräfte wirken. Das Bestreben der Scharfmacher von rechts und links, die Arbeiterbewegung durch Untergrabung des Vertrauens zu ihren verantwortlichen Führern zu zerschlagen, muß entschieden bekämpft werden. Voraussetzung des Erfolges im Kampfe für einen Frieden der Verständigung, für die Demokratisierung des Staatswesens, für die wirtschaftliche und kulturelle Hebung des werktätigen Volkes ist feste und disziplinierte Geschlossenheit und der entschiedene, unangefangene Wille der Arbeiterschaft.

Dieser Wille kann nur wirksam zum Ausdruck kommen durch die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen, in denen die Arbeiter über grundsätzliche und taktische Fragen als Mitglieber entscheiden und Einfluß ausüben.

Die Konferenz nimmt Kenntnis von der Erklärung der Staatsregierung und spricht die sichere Erwartung aus, daß die gegebenen Zusagen auch erfüllt werden.“

# Gewerkschaftsbewegung

## Jahresbericht der Brauerei- und Mühlenarbeiter.

Zu der Generalversammlung der Berliner Ortsverwaltung des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter gab der Vorsitzende H. H. J. eine Uebersicht über die Organisations-tätigkeit im Jahre 1917. Diefelbe richtete sich im wesentlichen auf eine den Zeitrungsverhältnissen entsprechende Verbesserung der Löhne. Die Zeitrungszulage, die zum ersten Male im Juni 1916 bewilligt wurde, ist im abgelaufenen Jahre zweimal erhöht worden. Seit August 1917 beläuft sie sich auf 20 M. für die Woche, Einzelne Brauereien zahlten noch mehr, nämlich 25, 28, 30 M. Die Zeitrungszulage der Arbeiterinnen beträgt 6 M., so daß sich ihr Mindestlohn auf 33 M. wochentlich stellt. Gleichzeitig mit der letzten Erhöhung der Zeitrungszulage ist der Ueberschubzuschlag von 25 auf 37 M. erhöht worden. Ein wichtiger Teil der Organisations-tätigkeit galt der Stellungnahme zur Erneuerung des Tarifvertrages der Brauerei-arbeiter, der am 31. März 1918 abläuft. Die aufgestellten Forderungen sind dem Verein der Brauereien eingereicht, die Verhandlungen sind im beiderseitigen Einverständnis mit Rücksicht auf die unsicheren Verhältnisse des Braugerades hinausgeschoben, in letzter Zeit wieder aufgenommen, aber noch nicht zum Abschluß gekommen. Was die allgemeine Lage des Braugewerbes betrifft, so kann jetzt als sicher angenommen werden, daß den Brauereien nicht mehr als 5 Proz. ihres früheren Getreideverbrauchs zugewiesen werden. Wenn auch diese geringe Menge in kurzer Zeit verarbeitet sein wird, so ist doch nicht zu fürchten, daß dadurch eine nennenswerte Arbeitslosigkeit der Brauereiarbeiter eintritt, denn die Brauereien werden sich der Herstellung von Ersatzgetränken zuwenden und die verhältnismäßig geringe Zahl der noch Beschäftigten auch weiter beschäftigen können. Die zwangsweise Zusammenlegung von Betrieben, die in Aussicht genommen war, wird in Berlin nicht vorgenommen werden. Aber es haben sich verschiedene Brauereien aus geschäftlichen Gründen freiwillig zusammengeschlossen.

Die Mühlenindustrie, die gewissermaßen der Kriegindustrie angehängt werden kann, befindet sich in einer sehr günstigen Lage. Die Löhne der Mühlenarbeiter sind erheblich gestiegen, aber das Interesse für die Organisation ist bei ihnen leider nicht besonders stark, die Organisation für den Verband hat in der Mühlenindustrie wenig Erfolg gehabt. Auch in den Brauereien konnte der Organisationsgedanke stärker sein, bei denen, die an Stelle der Eingezogenen in Arbeit getreten sind.

Die Mitgliederzahl ist im Laufe des Jahres von 1876 auf 1818 zurückgegangen. Im Hoheitsdienst stehen 223 Mitglieder. Der Kassenertrag beträgt im Ueberschub und Ausgabe für die Hauptkasse mit 51 003,20 M., an Unterstützungen wurden 21 124 M. ausbezahlt. Die Vorkasse zeigt eine Einnahme von 11 098 M., eine Ausgabe von 81 679 M. Die Nebenkasse ist zum größten Teil auf die Beschaffung älterer Verpflegungsmittel an die Hauptkasse zurückzuführen. Die Vorkasse gab 3260 M. für Unterstützungen aus. Die Versammlung nahm den Geschäftsbericht ohne wesentliche Debatten entgegen und holte die erforderlichen Ergänzungsmaßnahmen zum Vorstande.

## Aus der Schlichtungskommission für Militärbeschäftigten.

Außer für Verleibungsgegenstände ist die Schlichtungskommission auch für Münchener Angelegenheiten zuständig, die von der Wumha vergeben werden. Dabei wurden in der letzten Zeit eine Anzahl Klagen wegen Verletzung der Geschäftsregeln, Verstoß gegen Wassertragsätze und Futtervorschriften anhängig gemacht. Für diese Gegenstände hat die Wumha einen Tarif genehmigt, der durch Verhandlungen mit Vertretern der Spandauer Artillerieregiment sowie der Schlichtungskommission für das Sattler- und Schneidergewerbe zustande gekommen ist. Einige Unternehmern gegen die Klagen erhoben wurde, erklären nun, es handelt sich nicht um die tarifierten Gegenstände, die Löhne seien zu hoch und sie erstatten daher die Wumha um Verabfolgung der Löhne mit rückwirkender Kraft. Damit wollen sie erreichen, daß sie eine Nachzahlung nicht zu leisten brauchen, obwohl die ihnen bewilligten Preise sich auf die tarifierten Löhne gründen. Um zu beweisen, wie hoch die Löhne sind, werden die Verdienste einzelner Arbeiterinnen, die mit ihren Familienangehörigen zusammen arbeiten, immer wieder als Normalverdienst beigezeichnet.

Verweigerungen dieser Art werden von der Schlichtungskommission zurückgewiesen. Hier witten sachverständige Arbeiter und Arbeitnehmer als Zeugen mit, die sich ihr Urteil aus persönlicher Sachkenntnis bilden und es auch der Arbeiterschaft nicht mitzuteilen, wenn sie einen den Verhältnissen entsprechenden Verdienst erzielen. Das ist bei der Vereinbarung der Lohnsätze auch die Absicht aller Vertreter ausgesprochen worden. Die Arbeiterinnen sollen anständig bezahlt werden. Es darf auch erwähnt werden, daß die Unternehmer bei den jetzt für die Wumha geltenden Arbeitslöhnen glänzend zurecht kommen. Trotzdem scheint ein Teil derselben mit seinem Verdienst nicht zufrieden zu sein und denselben auf Kosten der Arbeiterschaft erhöhen zu wollen.

In dieser Hinsicht hat die Schlichtungskommission teils in einem Urteile vorgenommen, indem sie die Frau Kupfer, Schmidstr. 4, zur Nachzahlung von 2000 M. verurteilte.

Neuere Zustände spielen bei der Schöneberger Schneiderinnung zu herrschen. Hier war ein Zwischenmeister wegen einer Forderung von 100 M. verklagt. Bei der Verhandlung stellte sich heraus, daß derselbe für ein halbes Duzend Mitglieder der Schöneberger Innung arbeitet, die Arbeit in der Ausgabestelle in Empfang nahm und dort wieder abgab, ohne daß seine Auftraggeber sich um etwas anderes kümmerten, als daß sie sich ihren Unternehmerverdienst einholten. In diesem Falle gab die Zwischenmeister den Betrag von 100 M. nach. Sehr wahrscheinlich ist aber, daß

das Verleibungsamt die Schöneberger Innung mit dem klaffenden Betrage in Strafe nimmt.

Auch der Frauenverein vom Roten Kreuz leistete eine Nachzahlung von 71,50 M. für bei Instandsetzungsarbeiten in zwei Wochen zu wenig gezahlte Arbeitslöhne zahlte die Firma Gimblet 40 M. nach. Die Firma Jentler arbeitet beim Mantel für die Firma Herpich Söhne, die diese von der Fliegerabteilung in Döberitz im Auftrag hat. Entgegen den tariflichen Bestimmungen zahlt sie statt 11 M. nur 7 M. Arbeitslohn. Auch hier erfolgte eine Nachzahlung von 310,50 M. Da die Firma Herpich Söhne bei den Tarifverhandlungen zugegen war, so kann hier von einem Verleibungsamt auf die Rede sein. Wenn die Firma Herpich Söhne die Verleibungs nicht in eigenen Betrieben, sondern von einer Konfektionsfirma herstellen läßt, muß sie voraussetzen, daß bei den von ihr bewilligten Preisen die vorgeschriebenen Löhne nicht mehr bezahlt werden. Es erscheint anlässlich, daß sich Klagen dieser Art gegen die Firma Herpich Söhne immer wiederholen.

In einem anderen Falle waren die Arbeiterinnen mit Instandsetzungsarbeiten beschäftigt und zu gering bezahlt. Hier erfolgte eine Nachzahlung von 200 M.

Eine sprunghafte Mitgliederzunahme hat für das Jahr 1917 der österreichische Metallarbeiterverband zu verzeichnen. Während derselbe im Vorjahre ohne die zum Militär Eingezogenen 29 621 Mitglieder zählte, wurden im Jahre 1917 nicht weniger als 116 644 neu aufgenommen; 20 823 mußten gestrichen werden, so daß das Ende 1917 einen Mitgliederbestand von 121 942 ergab. Der große Mitgliederzuwachs steht in ursächlichem Zusammenhang mit der Lohnbewegung vom Mai 1917, bei der es gelang, die Kriegszulagen in ein System zu bringen, das späterhin als Grundlage zahlreicher Verträge und Beschwerdekommissionenscheidungen diente. Daneben wurde auch ein Mindesteinkommen gewährleistet, das bei den Arbeitern viel Anklang fand.

Ein Kollektivvertrag ist zum erstenmal zwischen dem Gewerkschaftsverein der Stockholmer Bäckerinnen und Plätkerinnen und dem dortigen Verein der Inhaber der Back- und Plätkerstuben vereinbart worden. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 57 Stunden. Am 1. Mai, am Tag vor Weibachten und der Johannistage (23. Juni) wird nicht gearbeitet. Der Stundenlohn für geübte Arbeiterinnen an der Maschine beträgt 45, für weniger geübte 40 Dene. Für Akkordarbeit ist ein zusätzlicher Tarif festgelegt worden. Ueberstunden werden um 50 Proz. höher bezahlt. Die Vereinbarung bedeutet für die betreffenden Arbeiterinnen eine bedeutende Verbesserung ihrer Löhne und Arbeitsbedingungen.

# Industrie und Handel.

## Die 8. Kriegsanleihe.

Zur gewohnten Zeit, ein halbes Jahr nach der 7. Anleihe, rüfete sich die Finanzverwaltung des Reiches, eine neue Kriegsanleihe aufzuliegen. Es werden wieder die bekannten 5 Proz. Schuldverschreibungen und daneben die 4 1/2 Proz. auslosbaren Schatzanweisungen, beide zum Preise von 98 M. für 100 M. Nennwert aufgelegt. Die Schatzanweisungen unterliegen den gleichen Verzugsbedingungen wie die der 6. und 7. Kriegsanleihe. Wird die Kriegsanleihe in das Schuldbuch eingetragen — mit Sperre bis 15. April 1919 — so ermäßigt sich der Zeichnungspreis auf 97,50 M. Die Zeichnungsfrist läuft vom 18. März bis 18. April. Um den Zeichnern die Möglichkeit zu geben, alle ihnen im Laufe der nächsten Monate noch zuzuführenden Einnahmen der Anleihe zu widmen, können die Einzahlungen in 4 Raten (am 27. April 30 Proz., am 24. Mai 20 Proz., am 21. Juni 10 Proz. und am 19. Juli 30 Proz.) erfolgen. Ein Umtausch der älteren 5 prozentigen Schuldverschreibungen in Schatzanweisungen der 8. Kriegsanleihe ist in demselben beschränkten Maße wie früher ebenfalls wieder zugelassen.

## Gründung einer Fleischwaren-Kriegsgesellschaft.

Gleichzeitig mit der Gründung der vom Deutschen Fleischer-Verband ins Leben gerufenen „Handelsgesellschaft Fleischer-Verband“ (Gallag), der die Aufgabe gestellt ist, die Versorgung des Fleischgewerbes mit Rohstoffen in der Uebergangswirtschaft durch eigene Organisationen sicherzustellen (Klientkapital eine Million Mark), ist soeben durch die Gründung einer Kriegsgesellschaft vorbereitet. Es nennt sich Syndikat zur Gründung einer Fleischwaren-Kriegsgesellschaft. Als Zweck dieses Syndikats wird angegeben: Die Vorbereitung zur Verwirklichung der Kriegsgesellschaft, die zunächst den planmäßigen Vieheinlauf und dessen Unterverteilung an die deutschen und eventuell österreichisch-ungarischen Fleischer bezweckt, ferner Zuführung von Vieh aus Liebersee bzw. gestorenem Fleisch, schließlich die Verwertung dieses Fleisches und aller bei der Schlachtung von Vieh gewonnenen Innereien, Hälften, Keller, Hörnern, Fetten und Därmen, sowie der Handel mit Fleischereibedarfsgeräten und Fertigfabrikation der Fleischereien. Das Syndikat, das zunächst mit einer Million Mark Kapital ausgerüstet wird, löst sich sofort auf, wenn die große Fleischwaren-

Kriegsgesellschaft mit 40 Millionen Kapital durchgeführt worden ist, längstens aber drei Monate nach dem Frieden mit England und Nordamerika. Es handelt sich um den Zusammenschluß der größten deutschen Schlachtereien und Fleischwarenfabrikanten, die neben der vom Deutschen Fleischer-Verband soeben ins Leben gerufenen Organisation die Ordnung der Fleischversorgung in Deutschland bezwecken. Es bestehen somit zwei verschiedene Gesellschaften, über deren gegenseitige Beziehungen die Öffentlichkeit wohl bald zu unterrichten sein wird.

## Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Die Aktiengesellschaft für Strumpfwarenfabrikation vorm. Wag Segal in Berlin erzielte eine Rohernte von 316 645 (im Vorj. 307 896) Mark ausschließlich 85 628 (85 440) Mark Vortrag. Nach Abzug aller Unkosten und Lasten und nach Erhöhung der Kriegsteuerreferat um 20 000 (14 668) Mark verbleibt ein Reingewinn von 170 700 (201 510) Mark, aus dem eine Dividende von 8 Proz. (15) zur Verteilung gelangt. Der Neubortrag befreit sich auf 64 988 (65 928) Mark. Veräußerte Ragnahmen der Behörden bei der Erfassung von Rohstoffen hatten zur Folge, daß die Betriebe der Gesellschaft noch weiter eingeschränkt werden mußten. Die Produktion wurde dadurch noch mehr gehemmt und der Umsatz verminderte sich gegen das Vorjahr sehr erheblich.

Nach Abschreibungen von 276 697 M. (129 692) verteilt die Wehr. Kräger u. Co. K.-G. in Köpenick aus dem Reingewinn von 681 889 M. (i. V. 401 090) 20 Proz. (15) Proz. in den beiden Vorjahren) für das erhöhte Aktienkapital. Der nach Auskehrung der dem Aufsichtsrat zuzurechnenden Vergütung verbleibende Betrag von 57 758 (37 070) M. soll auf neue Rechnung vorgetragen werden. Die Fabrik ist mit Aufträgen reichlich versehen.

Die Rationalbank für Deutschland, welche Knapp vor dem Ausbruch einer ziemlich verzweifelten Situation stand und deswegen im Jahre 1914 überhaupt keine Dividende verteilen konnte, hat, nachdem sie in den beiden Vorjahren 4 und 4 1/2 Proz. verteilt, jetzt wieder den Stand des Jahres 1913 mit 6 Proz. erreicht. Die Hälfte von ihr ausgeschüttete Dividende fällt in das Jahr 1906; damals betrug sie 7 1/2 Proz. Die Rationalbank für Deutschland hat, wie alle Banken, aus dem Hinsinken und Probierensgeschäft reichlichen Nutzen gezogen. Der Reingewinn ist von 6,4 auf 7,5 Millionen Mark gestiegen. Die Gewinne aus dem Effekten- und Kausforalkonto sind vorwiegend zu inneren Abschreibungen verwendet worden. Außerdem glaubt die Bank, daß die bisher schon getätigten Abschreibungen auf Außenstände, besonders in Rußland über das Maß des Notwendigen hinausgehen, so daß sich aus diesem Geschäft noch ein Nachgewinn ergeben wird. Die Kreditoren (Einlagegläubiger) sind von 1913 bis 1917 von 240 730 000 M. auf 453 400 000 M. gestiegen. Die Bank hat Interesse genommen an der Högeregesellschaft, der Stad.-Motorsp.-Kl.-Ges., der Erbe Leopold und der Aftal.-Kl.-Ges. Westereggen, die gerade jetzt die Gewerkschaft Heiligendamme auffaßt. Die Rationalbank für Deutschland ist auch beteiligt an der Orientbank, von der man sich für die Zeit nach dem Kriege viel verspricht, und an der Deutsch-Südamerikanischen Bank, deren Verhältnisse wegen Unterbrechung des Nachrichtenverkehrs undurchsichtig sind.

Die Syndikatsverhandlungen in der Niederlausitzer Brauindustrie, deren Gelingen wir gestern meldeten, scheinen doch gescheitert zu sein, weil die Zife-Werzgeb.-Ges. sich nur mit einer Syndikatsdauer von fünf Jahren einverstanden erklären wollte, während das laufende Rumpphndikat auf Anraten des Rindlers 10 Jahre gefordert hat.

## Der deutsche Arbeitsmarkt im Januar 1918.

Das vom kaiserlichen Statistischen Amte herausgegebene „Reichs-Arbeitsblatt“ berichtet: Die angespannte Beschäftigung der Hauptindustriezweige, die seit einer langen Reihe von Monaten festgefesselt werden konnte, hat sich im großen und ganzen mit ungeschwächter Stärke fortgesetzt. Im Vergleich zum Stand vor einem Jahr hielt sich die Tätigkeit zum mindesten auf der gleichen Höhe; vielfach ist es noch gelungen, Steigerung der Leistungen zu erreichen. Im Bergbau und Hüttenbetrieb herrschte die nämliche lebhaftige Nachfrage vor, wie sie seit Monaten zu bewältigen ist. In der Eisen- und Metallindustrie wie im Maschinen- und Apparatenbau gestaltete sich die Tätigkeit, verglichen mit derjenigen im Januar des Vorjahres, vielfach noch lebhafter. Das gleiche gilt auch für einzelne Zweige der elektrischen wie der chemischen Industrie. Auf dem Baumarkt ist die Lage im großen und ganzen die gleiche wie im Vorjahre um diese Zeit. Nach den Feststellungen von 84 Hochverhältnissen, die für 1 096 619 Mitglieder berichten, betrug die Arbeitslosenzahl Ende Januar 1918 8882 oder 0,9 Proz. Dies ist die gleiche Zahl wie im Vormonat. Der Ausweis der Arbeitsnachweise läßt für das männliche Geschlecht Steigen, für das weibliche Geschlecht ein geringfügiges Sinken des Andranges der Arbeitssuchenden erkennen. Im Januar kamen auf 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 93 Arbeitssuchende (gegenüber 84 im Vormonat); beim weiblichen Geschlecht sank der Andrang (von 100) auf 99.

Verantwortlich für Politik: Erich Kuttner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Berlin; für Angelegenheiten: Theodor Glöck, Berlin. Verlag: Rowohlt-Verlag G. u. K. O., Berlin. Druck: Rowohlt-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Ehrig u. Co. in Berlin, Lindenstraße 2, Orenz 1. Beilage zum Unterhaltungsblatt.

# A. WERTHEIM

## Blusen der Reichsbeleidigungsstelle

Stück 10<sup>00</sup> 10<sup>85</sup> 12<sup>00</sup> 13<sup>80</sup>

— Abgabe nur gegen Berliner Besorgungsschein gestattet. —

## Damenkleider

Kleid aus weißem Schleierstoff, jugendliche Form, Taille mit Handstickerel, Rock mit 2 Frisuren ..... 57.00

Kleid aus Wollmusselin, Taille m. großem Basistkragen, Rock mit Taschen ..... 68.00

Kleid aus gutem Tafel, mod. Form, mit weißem Seidenkragen, Rock mit Taschen garniert ..... 137.00

Kleid aus guter Perlecke, Taille mit großem Seidenkragen, Rock mit Taschen breitet ..... 139.00

Nachmittagskleid aus gutem Tafel, mod. Form, Rock mit Ueberrock, Taille reich gestickt ..... 180.00

Anfertigung eleganter Damenkleidung nach Maß in eigenen Werkstätten

## Kinderkleider

Kinderkleid aus gemusterten baunw. Stoffen, mit Stickerei-Elinsätzen garniert Länge 60 cm 15.50 bis 100 cm 26.50

Kinderkleid aus reinwoll. Musselin, mit Mull-Garnitur und seidener Schleife Länge 45 cm 21.00 bis 100 cm 37.00

Backfisch-Kleid aus weicher Seide, mit farbiger Stickerei 110 cm 105.00 120 cm 108.00 130 cm 111.00

Babymantel a. Wolle, m. weiß Ripps-Krag, Länge 45 cm 36.50 jede weit. 5 cm 1.50 mehr

## Damenstrümpfe

Baumwolle schwarz, dornabtr. 96 Pl. 1.75

Flor mit Seidenglanz, schwarz 3.75-4.50

\*Woll-Ersatz schwarz ..... 7.25

\*Kunstseide farbig ..... 8.75 9.75

Kunstseide stark schwarz, 19.00 35.00

Tramseide schwarz ..... 16.50 18.50

(\*Nur Leipziger Straße)

## Weißwaren

Blusenkragen aus Batist, mit Spitzen-Ansatz ..... 1.60

Blusenkragen a. Glasbatist, m. Spitze 1.65

Blusenkragen aus Spitze ..... 2.10

Blusenkragen aus Glasbatist, mit breiter Spitze ..... 2.50

Blusenkragen a. Glasbatist, m. Spitze 3.00

Blusenkragen aus gestepfem Mull, mit breiter Spitze ..... 3.00

Blusenkragen aus Glasbatist, mit Hohlbaum und breiter Spitze garniert 3.75

## Herrensocken

Baumwolle taholerbig ..... 85 Pl. 1.10

Baumwolle schwarz ..... 76 Pl. 1.10

Baumwolle lederfarbig ..... 70 85 Pl.

Flor mit Seidenglanz, einfarbig 1.60 2.10

\*Kunstseide einfarbig ..... 6.25

Seide schwarz, mit farb. Zwickel 3.25 3.75

Wolle schwarz, m. farb. Stickerei 4.75 5.75